

Bezugspreis:

Für den Monat November 400.- M., voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Ost- und Westpreußen sowie Ostpreußen und Litauen 500.- M., für das übrige Ausland 600.- M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Island, Finnland, Frankreich, Holland, Dänemark, Venedig, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vormwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 30. November 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Zusammenkunft Poincaré-Bonar Law

Mussolini und Thennis beteiligt.

Paris, 29. November. (WIB.) Poincaré hat heute Bonar Law mitgeteilt, daß er geneigt sei, in der nächsten Woche nach London zu kommen, um sich mit den Premierministern von England, Italien und Belgien über die Fragen, die mit der Brüsseler Konferenz in Zusammenhang stehen, zu beraten.

Paris, 29. November. (EP.) Der „Temps“ teilt mit, daß Verhandlungen im Gange seien, damit auch Mussolini und Thennis an der Unterredung zwischen Poincaré und Bonar Law, die in vier bis fünf Tagen stattfinden wird, teilnehmen werden.

Es ist fessam, ein wie gelehriger Schüler Lloyd Georges Poincaré ist. Bei seinem Amtsantritt teilte er dem damaligen Ministerpräsidenten Lloyd George mit, er könne die Vorliebe des englischen Ministerpräsidenten für Konferenzen und Ministerzusammenkünfte nicht teilen und ziehe es vor, die laufenden Angelegenheiten auf dem bürokratischen Schriftwege zu erledigen.

Auch die bevorstehende Zusammenkunft in London beruht auf einer Anregung des französischen Ministerpräsidenten. Er ließ zunächst auf englischen Widerstand. Noch lebhafte sprach eine englische amtliche Verlautbarung davon, es sei nicht ausgeschlossen, daß Bonar Law durch parlamentarische Angelegenheiten bis Mitte Dezember in Anspruch genommen sei.

Kun, diesmal findet London eine veränderte Welt vor.

Der Unruhgeist Lloyd Georges hat dem bedrängten Bonar Law Platz gemacht. An die Stelle des gemäßigten Schanzler ist ein Ardito, ein Heißhohn, getreten. Es wird interessant sein, einen Mussolini auf der Weltbühne der Diplomaten zu beobachten. Er wird sich kaum wie in Lausanne in stillen Vororten fesseln können, um sich von den Staatshauptern Europas feierlich an den Diplomatentisch bitten zu lassen.

Von seiner Drohung hat Poincaré inzwischen ein gut Teil zurückgenommen. Möglich, daß damit nur ein Zwischenvorhang gefallen ist, der während der Londoner Besprechungen wieder gelüftet werden soll.

England für Aufschub der Vorkonferenz.

London, 29. November. (WIB.) Im Unterhaus verlangte Ramsay Mac Donald eine Information bezüglich der Pläne der französischen Regierung für den Fall eines Mißerfolgs bei den Verhandlungen über ein Finanzabkommen mit der deutschen Regierung.

Ramsay Mac Donald fragte, ob diese Vorkonferenz in naher Zukunft abgehalten werden soll.

Bonar Law erwiderte: Ich glaube ja. Ich habe Mitteilungen erhalten, ich habe aber gebeten, womöglich die Zusammenkunft zu verschieben, bis die Parlamentssession abgeschlossen ist.

bandes mit Bezug auf die Rückwirkung der Reparationskohlenslieferungen auf die Lebenshaltung der Bergarbeiter in Europa. Sie ersuchte sodann die Reparationskommission eine Konsultierung der Berg- und Grubeninteressenten sowie der Bergarbeiter in Erwägung zu ziehen, wenn sie die Lieferungs-fähigkeit Deutschlands für Reparationskosten untersuchten.

Diktator Mussolini.

Vergewaltigung des Wahlrechts.

Mailand, 29. November. (EP.) Wie der „Corriere della Sera“ über die Besprechungen zwischen Mussolini und den Unterstaatssekretären sowie dem Kammerpräsidenten erzählt, ist beschlossen worden, daß der Kammer nach ihrem Wiederzusammentritt der bereits fertige Gesetzentwurf für die Vornahme von Neuwahlen nach dem französischen Majorzsystem vorgelegt werden soll.

Die Faschisten rauben weiter.

Rom, 29. Oktober. (EP.) Die nationalistischen Blauhemden haben die Redaktionsräume des anarchistischen Blattes „Umanita Nuova“ besetzt und darin ihren Vereinsitz eingerichtet.

Oesterreich unter dem Genfer Diktat.

Wien, 29. November. (WIB.) Der Bundesrat hat heute mit den Stimmen der Sozialdemokraten den wichtigsten Punkt der Genfer Vereinbarungen, betreffend des Verfassungsgesetz, durch welches der Regierung für die nächsten zwei Jahre die in Genf vorgesehenen Vollmachten erteilt werden, angenommen.

Der Hungerwinter 1922/23.

Von Dr. med. Julius Rosen.

Zu den Arbeitern von Frankfurt a. M. sprach vor zwei Wochenaltern Ferdinand Lassalle folgende Worte, die heute wieder unheimlich lebendig geworden sind: „Hungersterben kann im doppelten Sinne genommen werden. Ja, so im Augenblick umfallen, tot sein im Moment, das geschieht sehr selten. Aber wenn man fortwährend im Körper eine größere Verarmung von Kräften vornimmt, als man infolge zu schlechter Lebensmittel und zu schlechter Lebensweise wieder einsehen kann, wenn also im Körper die Ausgabe von Kräften beständig die Einnahme übersteigt, so stirbt man auch Hungers im Laufe der Zeit.“

In diesem Sinne befinden sich in Deutschland seit Jahren Hunderttausende, ja Millionen von Menschen im Zustande des allmählichen Hungersterbens. Die Symptome treten immer deutlicher in die Erscheinung. Die körperliche Widerstandsfähigkeit weiter Kreise unseres Volkes verringert sich von Tag zu Tag. Die Erkrankungs- und Sterblichkeitszahlen, besonders an Tuberkulose, steigen ununterbrochen und werden binnen kurzem die Zahl der durch die Hungerblockade hervorgerufenen Opfer übertreffen.

Gewiß, das Hungersterben, das jetzt wieder, wie 1916/17, in Deutschland umgeht, und das in jener Zeit beinahe eine Million Opfer aus der Zivilbevölkerung gefordert, tritt nach außen hin nicht so kraf in die Erscheinung. In Rußland, in Italien, im Orient trägt der Bettler wie der arme Lazarus seinen von Schwären zerfressenen Leib unverhüllt zur Schau. In Deutschland stirbt man schamhaft im Dunkeln, zieht sich in die Einsamkeit zurück, wie das Tier, das des Jägers Geschoß im Herzen trägt.

Wir haben bereits jetzt einen ganzen Komplex von Symptomen, der den Hungerzustand breiter Schichten unserer Bevölkerung charakterisiert. Es sind Symptome rein physischer, körperlicher Natur, Symptome physischer, geistiger und seelischer Art, und endlich Symptome, die sich in krankhaften Auswüchsen unserer sogenannten Moral und Sittlichkeit zeigen. Diese Symptome fließen ineinander über, wirken sich zum Teil auch rein politisch aus.

Wie schlimm es schon um uns bestellt sein muß, dafür gibt den besten Beweis die Tatsache, daß sich Hunger-ödem und Skorbut, beides spezifische Hungerkrankheiten, in wachsendem Maße eingestellt haben, vielfach sogar mit tödlichem Ausgang. Wenn die Teuerung so rapide weiterfortschreitet, wie in den letzten Wochen und Monaten, Brot, Kartoffeln, Milch, Zucker — von Fleisch und Fett gar nicht zu reden — immer weiter im Preise steigen, wenn zu dem Hunger gar noch die Kälte tritt, dann werden wir wieder mit Opfern von Hektatonnen von Menschenleben zu rechnen haben.

Erleichterungen der Kohlenlieferungen!

Eine Aktion der Bergarbeiterinternationale.

Der letzte Internationale Bergarbeiterkongress in Frankfurt a. M. beschloß beinahe einstimmig, eine Delegation zur Reparationskommission nach Paris zu schicken, um bei ihr auf eine Erleichterung der deutschen Kohlenlieferungen hinzuwirken. Die vorbereitenden Arbeiten hierzu wurden dem Internationalen Bergarbeiterausschuß in diesen Tagen auf einer Konferenz in Brüssel unterbreitet.

Die Reparationskommission hat sich bisher stets geweigert, eine Vertretung der internationalen Bergarbeiterschaft zur Besprechung der deutschen Lieferungen für Reparationszwecke zu empfangen. Es scheint, daß in dieser Beziehung eine Wandlung eingetreten ist. Eine Delegation, in der die deutschen Bergarbeiter durch die Genossen Husemann und Limbergh vertreten sind, hat sich von Brüssel nach Paris begeben, um die allgemeinen Wünsche auf Herabsetzung der deutschen Kohlenlieferungen der Reparationskommission zu unterbreiten.

Empfana bei der Reparationskommission.

Paris, 29. November. (WIB.) Die Delegierten der Reparationskommission haben heute in persönlicher Eigenschaft einen Auswah des Internationalen Bergarbeiterverbandes, bestehend aus den Deutschen Husemann und Limbergh, den Engländern Smith, Walsh, Richardson und Hodges und den Belgiern de Jardin, de Caffre und Sage empfangen. Die Delegation erklärt, die Vertreter der französischen Bergarbeiter hätten infolge Verhinderung wegen anderweitiger wichtiger Verhandlungen nicht teilnehmen können; die Vertreter der amerikanischen Bergleute seien wegen der großen Entfernung nicht anwesend.

tarials. Die erschütternden Berichte unserer Schulärzte geben deshalb kein richtiges Bild von den tatsächlichen Verhältnissen, weil die Untersuchungen in den Schulen tagelang vorher angekündigt werden und so die sozialen Verhältnisse, unter denen die Schulkinder aufwachen — Kleidung, Ernährung usw. — ganz außer acht lassen. Unvermutet müssen solche Untersuchungen vorgenommen werden, dann erst ergeben sie Resultate, die man verwerten kann.

Die Verzehrer der Provinz Sachsen hat vor kurzem einen Aufruf veröffentlicht gegen den Hungertod, in dem gegen die immer mehr um sich greifenden Hungerkrankheiten Stellung genommen wird. Börtlich heißt es: „Jetzt, vier Jahre nach dem Friedensschluß geht noch grausiger als während des Krieges das klappernde Gespenst des Hungertodes in den Städten um und fordert namentlich in der Kinderwelt, aber auch unter den Erwachsenen zahllose Opfer.“ Der Aufruf wendet sich dann an die Parlamente und Behörden, damit sie gegen die Totengräber der Volksgesundheit vorgehen und Volksküchen und Nahrungsabgabestellen zur kostenlosen Bekleidung der Armen errichten. „Alle tut not, geht es weiter wie bisher, dann werden im kommenden Winter viele Tausende deutscher Mitbürger den entsetzlichen Qualen des Hungers selber ein Ende machen, werden beispiellose Verzweiflungstaten um Rache zum Himmel schreien.“

Inzwischen steigt die Verelendung der Massen von Mahlzeit zu Mahlzeit. Man berechne nur einmal den Wochenlohn einer vierköpfigen Arbeiterfamilie. Selbst bei einem Wochenlohn von 7000 Mark ist der Familienvater nicht in der Lage, auch nur das Geld für die allernotwendigsten Ernährungsausgaben aufzubringen, geschweige denn, daran denken zu können, sich oder den Seinen etwas Kleidung anzuschaffen.

Hungerrevolten, die schon da und dort aufstürzten, können das Elend natürlich nicht beheben, sondern nur verschärfen. Daß alle Befohlenen von Verzweiflungstaten abtrotzen, ist ebenso selbstverständlich, wie daß die Behörden Milderungsversuche und Gewalttätigkeiten nicht dulden können. Aber unmöglich können sie ihre Aufgabe darin erschöpfen, daß sie Ordnung und Ruhe aufrechtzuerhalten versuchen, ohne sich um die Ursachen zu kümmern, aus denen die Unruhe entspringt. Ihre Pflicht ist es, das Äußerste zu tun, um die Not soweit wie möglich zu lindern. Vor allem müssen sie den Besitzenden und ganz besonders den Landwirten den vollen Ernst der Lage begreiflich machen, die von den Leistungsfähigen Opfer fordert, wenn sie überhaupt überstanden werden soll!

Das Kuliffengeheimnis der Krise.

Unruhe im Zentrum.

Die „Germania“ veröffentlicht eine Zuschrift aus Zentrumskreisen, die sich mit dem bekannten „Geheimnis der Industrie“ beschäftigt und darüber u. a. folgendes sagt:

Wir glauben, daß sich zunächst die Leute melden müssen, die der französischen Presse oder der Reparationskommission die Unterlagen zu dem letzten Feldzug, der niemandem peinlicher sein kann, als der Regierung Cuno, gegeben haben, bzw. deren Gespräche von der französischen Presse jetzt mißbraucht werden. Dann müssen sich ... auch noch die melden, die in einer Schicksalswoche Deutschlands oder schon früher glaubten, Herrn Barthou für innerpolitische Zwecke benutzen zu können, und die nun selbst von Herrn Barthou (auf den sich die französische Presse beruft) für außenpolitische Zwecke benutzt werden, wobei man sich nur wundern muß, daß die Betroffenen diese Wendung nicht voraussehen.

Das Geheimnis ist in der Hauptsache ja gar kein „Geheimnis“. Seit Monaten ist in aller Öffentlichkeit ein Feldzug geführt worden mit dem Ziel, die kapitalistischen Einflüsse in der Reichsregierung zu stärken. Dem Inland wurde gesagt, die äußere Lage würde dadurch

verbessert, da die Welt dann zu Deutschland mehr Vertrauen haben würde. Dem Ausland wurde der Gedanke nahegelegt, Deutschland könne durch die Zurückdrängung sozialdemokratischer Einflüsse leistungsfähiger gemacht werden. Gegen dieses Intrigenpiel „nationaler“ Kreise ist im „Vorwärts“ immer wieder Protest erhoben worden.

Wenn jetzt die Zuschrift aus Zentrumskreisen darüber klagt, daß „sehr maßgebende Stellen“ auf den Leim getreten seien, so trifft diese Kritik in erster Linie das Zentrum und die Demokraten. Weil diese auf den Leim getreten waren, forderten, sie ungestimmt die Einbeziehung der Volkspartei in die Regierung und führten dadurch Births Sturz herbei.

Kartoffelverschiebung ins Ausland?

Deutsche Kartoffeln in Finnland.

In der Zeitung „Hufvudsbladet“ in Helsingfors erschien am 22. d. M. ein Inserat, in dem eine dortige Handelsfirma „Extra prima deutsche Kartoffeln“ zu 45 finnische Mark je Hektoliter anbot. Das Angebot ist um so erstaunlicher, als im Inland trotz der guten Ernte von einem Ueberfluß an Kartoffeln solange keine Rede sein kann, als die Frage der Brotversorgung noch nicht geklärt ist. Es scheint also, daß hier Schieber an Werke sind.

Mit Recht nimmt ein bürgerliches Blatt gegen diese Treibereien Stellung. Die Verschiebung von Kartoffeln, die hier gekennzeichnet wird, scheint aber noch viel stärker eingegriffen, als es nach dieser Mitteilung den Anschein hat. Denn am Montagmorgen erschien im Annoncenenteil desselben Blattes, das jetzt die Kritik übt, das Angebot einer dänischen Firma, die ganz ungenügend Kartoffeln zum Engrospreis anzukaufen sich erbot!

Die zuständigen Behörden sollten alles aufbieten, um zu verhindern, daß deutsche Lebensmittel in das valutastarke Ausland verschoben werden. Wir fordern das um so mehr, als inmitten der allgemeinen Teuerung, von der, dank unseren Agrariern, selbst das Brot nicht verschont ist, die Kartoffel jetzt noch das einzige einigermaßen erschwingliche Nahrungsmittel ist, das nicht durch Machenschaften von Valutaschiebern verteuert werden darf.

Stingls Teuerungsprogramm.

Langsame Erdrösselung des Postverkehrs.

Der Verkehrsbeirat beim Reichspostministerium erklärte sich an seinem zweiten Sitzungstage mit den vom Postminister geforderten und von uns gestern wiedergegebenen neuen Posttarifen einverstanden. Er gab weiter die Zustimmung zu einer Verdoppelung dieser Sätze vom 15. Dezember d. J. ab. Von diesem Zeitpunkt ab wird also die Postkarte im Ort 10 M., im Fernverkehr 25 M., der Brief im Ort bis 20 Gramm 20 M., bis 100 Gramm 30 M., bis 250 Gramm 50 M., im Fernverkehr bis 20 Gramm 50 M., bis 100 Gramm 70 M. und bis 250 Gramm 90 M. kosten. Das schwerste Paket von 20 Kilogramm in der Fernzone wird dann die Kleinigkeit von 3400 M. kosten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß im Januar nächsten Jahres eine weitere Gebührenerhöhung wird eintreten müssen.

Am Nachmittag gab es eine Überraschung, indem das Postministerium an Stelle der zuerst verlangten Erhöhung der Fernspreckgebühren nunmehr eine weitere Erhöhung verlangte, die sich aus einem Grundbetrag und einem Zuschlag von 2900 Prozent auf 1300 Prozent zusammensetzt. Nach der Posttage sollte beispielsweise in Berlin als Grundgebühr für einen Fernspreckanschluß die Summe von 10 600 M. jährlich und für jedes Gespräch 7 M. bezahlt werden. Der neue überraschende Vorschlag sieht als Grundgebühr mit Zuschlag 22 800 M. und für jedes Ortsgespräch 15 M. vor. Ein einfaches Ferngespräch beispielsweise mit Rönigsberg (Preußen) würde nach dem neuen Vorschlag 750 M. für drei Minuten kosten. Da man aber ein einfaches Gespräch heute nie erhält, wird man 2250 M. für ein bringendes Ge-

spräch ausgeben müssen. Es ist verständlich, daß die Mehrheit des Verkehrsbeirats dieser Ueberrumpfung ablehnend gegenüber stand. Auch ein Vermittlungsvorschlag des Ministers, der den Zuschlag auf „nur“ 2500 Prozent bemessen wollte, wurde abgelehnt. Ebenso erging es einem dritten Vorschlag des Ministers, der den Zuschlag zur Grundgebühr vom 1. Januar ab auf 2900, den Zuschlag für die Gesprächsgebühren erst vom 1. Februar ab auf 2900 Prozent festsetzen wollte.

Es wurde schließlich ein Antrag aus der Mitte des Verkehrsbeirats angenommen, der den Zuschlag zu Grund- und Gesprächsgebühren vom 1. Januar ab auf 2000 Prozent festsetzen will. Die Vertreter der Reichstagsfraktionen im Verkehrsbeirat enthielten sich mit einer Ausnahme der Stimme. Wie verlautet, will sich der Reichspostminister mit dem Zugeständnis des Verkehrsbeirats nicht zufrieden geben und bei den bevorstehenden Verhandlungen im Reichstag und Reichstagsauschuß, die über das Schicksal der Vorlage zu befinden haben, erneut die Forderung nach einem Zuschlag von 2900 Prozent ab 1. Januar erheben. Die Telegrammgebühren wurden wie folgt festgesetzt: Grundgebühr 40 M., Wortgebühr für jedes Wort 20 M.; bei Orts- und Ferntelegrammen die Hälfte. Auch bei diesen Gebühren tritt vom 15. Dezember ab eine Verdoppelung ein.

Sparen — für die Reichen.

Die Schwerindustrie und die Düsseldorf-Fremdensteuer.

Am letzten Sonntag tagte in Düsseldorf der Verein deutscher Eisenhüttenleute, in der Generaldirektor Dr. Böglers in einer flammenden Rede die Verdienste der Unternehmer im Kampfe gegen den Sozialismus betonte und den Arbeitern sagte, kein Staat könne ihnen helfen, es läge allein auf eigener Kraft und Zusammenarbeiten mit der Unternehmerschaft an. Herr Böglers repräsentierte sich hier als Vertreter des schwerindustriellen Kapitals, das bestrebt ist, im Vertrauen auf seine eigene Macht einen Staat im Staate zu bilden.

Bezeichnenderweise hatte man in Düsseldorf den Eisenhüttenleuten nicht nur das Stadttheater zur Verfügung gestellt, sondern man trug sich sogar in der Stadtverwaltung mit der Absicht, diesen Schwerindustriellen während ihres Aufenthalts in Düsseldorf fünfzig Prozent der Fremdensteuer zu erlassen. Während sich die Stadt infolge ihrer Notlage zu rückwärtslosen Tarif-erhöhungen für Gas, Wasser und elektrischen Strom auf Kosten der Armen entschließen mußte, sollten hier die gefällig der Stadt zustehenden Einnahmen zugunsten der Großindustriellen gekürzt werden.

Die schwerindustriellen Reaktionäre sind es ja immer, die die größte Sparfamekeit im Staat und in den Gemeinden fordern. An diesem Beispiel wird klar, daß sie sich durchaus nicht genieren, die Ertragnisse solcher Ersparnisse in die eigene Tasche stecken zu lassen. Denn es war lediglich der Sozialdemokratie zu verdanken, daß man der notleidenden Schwerindustrie, die mehr als die Weltmarktpreise für ihre Produkte nimmt, die Fremdensteuer nicht nachließ!

Weihnachtsbeihilfe für Erwerbslose?

Braunschweig, 29. November. (Til.) Das Braunschweigische Staatsministerium hat bei der Reichsregierung den Antrag gestellt, den bisher von den Ländern und Gemeinden unterstützten Arbeitslosen eine einmalige Weihnachtsbeihilfe zu gewähren, wie es im vorigen Jahr geschehen ist. Ein weiterer Antrag verlangt vom Reich ein Verbot der Einfuhr und Herstellung und des Ausschanks von Branntwein. Der Alkohol-ausschank in jeder Form an Jugendliche unter 18 Jahren soll für das ganze Reich verboten werden.

Keine Rathausbannmelle. Der Verfassungsausschuß des Preussischen Landtages lehnte am Mittwoch den Antrag der Deutschen Volkspartei ab, bei der Reichsregierung auf schnelle Vorlegung eines Gesetzes vorstellig zu werden, das die Befriedigung des Berliner Rathauses und der Rathäuser sonstiger Großstädte nach Maßgabe des Gesetzes über die Befriedigung der Gebäude des Reichstages und der Landtage ermöglicht.

Der Berliner Schauspielerstreik.

Von Dr. Max Hochdorf.

Seit einer halben Woche spielen die Berliner Bühnenkünstler, die in der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger gewerkschaftlich organisiert sind, nicht mehr an der gewohnten Stätte. Sie streikten. Presse und Publikum jeder Gesinnung nehmen an diesem ersten Aufstand und Ausstand deutscher Selbstarbeiter beinahe den gleichen Anteil, wie an dem politischen Ungemach dieser Tage. Es macht sich in allen beobachtenden und natürlich noch stärker in den unmittelbar leidenden Kreisen die Empfindung bemerkbar, daß diese theaterlosen Tage ganz unerträglich sind. Theater muß sein, und wird jetzt in der Reichshauptstadt nicht Theater gespielt, so sind die an dieser Nichterfüllung höherer und tieferer Lebensnotwendigkeit schuldigen Persönlichkeiten zu suchen.

Die deutschen Schauspieler sind gewerkschaftlich organisiert. Gleich in den ersten Zeiten des politischen Umsturzes wurde das Kartellverhältnis mit der Wa kontraktlich geschlossen. Ein Ideal, das die Führer der Schauspielergenossenschaft schon lange gehegt hatten, fand durch diese Umwälzungen seinen Halt. Es zeigte sich aber sofort, daß die Inhaber und Bewahler der Theater, das Bundesstaaten, Intendanten und Privatunternehmer mit diesem Gewerkschaftsorganismus durchaus nicht zufrieden waren: In Berlin war nämlich im Laufe der Kriegszeit eine besondere Klasse von Theaterdirektoren in die Höhe gekommen. Die Direktoren verdienten sehr viel Geld. Sie waren die richtigen Kriegsgewinner, und sie waren es z. B. auch in ihrer hartnäckigen Weigerung, die eben noch miserabel bezahlten Bühnenkünstler aus dem unerhofften Segen besser zu bezahlen. Das Theatergeschäft entartete in Berlin sehr böswertig. Diese Unternehmer, mit der Kunst eher manchmal eher verfeindet als verschwiebert, dachten und rechneten nur für ihren Reichtum. Sie gaben sich nicht einmal immer die Mühe, einen Unterschied zwischen dem Schuhmachergeschäft und dem Theatergeschäft zu machen. Man brauchte den Schauspieler leider für das Theatergeschäft. Darum bezahlte man ihn. Aber es war ein ständiges Ringen der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer um ihre wirtschaftliche Existenz. Die sehr geschickte benutzte Presse wurde gegen die Bühnendirektoren aufgebracht. Gewiß, es gab unter den Direktoren auch vorzügliche, kunstbegeisterte, den Künstler verehrende Männer, die dem bloßen Spekulantentum fernblieben. Aber die verfeindlichen Elemente im Berliner Direktorenverband starben aus. Die trockenen und methodischen Kapitalisten legten unter den führenden Köpfen des Bühnenspiels. Das Tarifwerk, das Bühnengenossenschaft und Bühnenverein in Stunden aufrichtiger Kunstbegeisterung geschaffen hatten, sollte nun den sehr smarten Theatergeschäftsleuten untergraben und gesprengt werden. Einige Offiziere und Ueberlebenden tollgewordener Theaterstars wurden als Bastard des ganzen ernsthaften und ehrenwerten Künstlerstandes ausgedonnert: kurz, es gab eigenlich in Berlin nur noch eine Theaterindustrie.

Die Theatergeschichte der letzten Jahre verzeichnet, daß es schließlich keine Theatertruppen, sogenannte Ensembles, mehr gab. Es breitete sich immer mehr aus das abenteuerliche System der Theaterstarkstoff- und Sturmtruppen. Theater, die sich dagegen wehrten, daß die Portiers der Luxushotels anstatt des Regisseurs den Spielplan machten, mußten ihre Kühnheit mit dem Selbstmord der Bühnen-

revoloren büßen. Mehr als die Hälfte der teuersten Berliner Theater zogen die Schweinerei oder den Talmipathos dem psychologischen Stück vor. Die Theater des werktätigen Volkes gerieten in schwerste Krisen und Verkümmern.

Run ist die Lebenssteuerung ins Phantastische gesprungen. Die Männer, die im Berliner Direktorenverein regierten, würden vielleicht das Existenzminimum bewilligen. Sie versuchten es aber um jeden Preis, den moralischen und geistigen Zusammenhang der Genossenschaft zu sprengen. Sie wollten die Zwietracht unter die Bühnenkünstler säen, damit der einzelne wiederum ihrer Willkür ausgeliefert ist. Aber die Bühnengenossenschaft sieht die Gefahr, die ihr von dem reinen Theaterindustriellengeist jetzt droht. Selbst die schärfsten Individualitäten bündeln sich jetzt auf. Der Kampf, der geführt wird, ist nicht mehr ein Lohnkampf. Er ist nicht mehr und nicht weniger als der Kampf um die Zukunft des deutschen Theaters. Es ist der Kampf, damit die deutsche Bühnenkunst vor dem künstlerischen Zerfall gerettet wird. Kein Berliner Schauspieler will jetzt mehr als „Prominenter“ außerhalb der Gewerkschaft bleiben. Sie wollen alle ihre geistige Freiheit bewahren, indem sie der Gewerkschaft die Sicherung ihrer wirtschaftlichen Existenz anvertrauen. Seit Jahren ist das Ideal des deutschen Schauspielers nicht mehr so rein gewesen wie in diesem Augenblicke, da es der Intellektuellste auf sich nimmt: den Streik. Die „Ensembles“, die zerfallen sind, müssen wiedertreten. Das Theater darf nicht zum Sonderrecht der bevorzugten Klassen werden. Theater muß sein, doch für alle, für das ganze deutsche Volk! Und daß dieses Theater nicht der Verrohung und Verblödung ausgeliefert werde, das ist die Absicht der Berliner Schauspieler, die heute streikten. Ihre Lohnbewegung ist zur Existenzbewegung geworden.

Volksbühne und Schauspielerstreik.

Vom Vorstand der Volksbühne geht uns folgende Erklärung zu:

Zu den vom Streik der Berliner Schauspieler betroffenen Bühnen gehören auch die beiden Theater der Volksbühne E. V. Die Leitung des Vereins Volksbühne hat für die wirtschaftlichen Räte des darstellenden Personals stets Verständnis gehabt und ist bemüht gewesen, die Wünsche der Darsteller nach Möglichkeit zu befriedigen. So hat u. a. der Verein schon vor längerer Zeit freiwillig sämtlichen Schauspielern unter Feriengewährung die zwölf Monatsverträge bewilligt.

Aber andererseits muß die Vereinsleitung natürlich auch Rücksicht nehmen auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Vereinsmitglieder, aus deren Vereinsbeiträgen ja im wesentlichen die Betriebskosten der Theater gedeckt werden. Es handelt sich um Mitglieder, die ganz überwiegend der Arbeiterschaft, d. h. den minderbemittelten Schichten der Bevölkerung angehören. Gerade diesen Schichten das Theater zu erschließen, ist ja der Zweck der Volksbühne. Die wachsenden Anforderungen für Sagen usw. machten in letzter Zeit immer neue Erhöhungen der Mitgliederbeiträge nötig. Sie stiegen seit Beginn der Spielzeit, d. h. innerhalb von 10 Wochen, von 20 auf 150 M., d. h. auf einen Betrag, der es vielen Mitgliedern außerordentlich schwer macht, ihre Mitgliedschaft aufrechtzuerhalten. Ein Herausschrauben der Beiträge würde dem Verein um so schwie-

riger, als mit Unterstützung der Gewerkschaft für Schauspieler selbst der Handel mit billigen Theaterkarten rein privatkapitalistischer Unternehmungen immer schwungvoller wurde.

In dieser Situation wurde der Verein von den neuen Forderungen der Darsteller getroffen. Betrag die Mindestsätze im September des Jahres 7500 M. und im Oktober 22 000 M., so verlangten die Darsteller für November zunächst 48 000, später 62 000 M. Der Verein Volksbühne verwarf sich in keinem Augenblicke der Notwendigkeit, die Oktoberrate in angemessener Weise zu erhöhen, aber er konnte sich im Bezirksverband Berlin des Bühnenvereins, dem er mit seinen Theatern angehört, nicht für eine restlose Erfüllung der neuen Forderungen der Darsteller einsehen. Die Zustimmung zu ihnen hätte für den Verein die Notwendigkeit einer sofortigen Erhöhung der Mitgliederbeiträge auf 300 bis 400 M. bedeutet. Wohl aber war und ist der Verein bereit, als Mindestsätze für November gemäß dem Spruch der Oberschiedsstelle 45 000 M. zu zahlen.

Nachdem die Genossenschaft der deutschen Bühnengehörigen jedoch diesen Schiedsspruch ablehnt und auch ein weiteres Angebot des Bühnenvereins: Mindestsätze für November 55 000, für Dezember 80 000 M., zurückgewiesen hätte, war der Verein nicht in der Lage, darüber hinausgehend noch weitere Zuschüsse zu geben, zumal er bei den bestehenden 12-Monats-Verträgen genötigt ist, 2-3 Monate mehr zu bezahlen als die meisten anderen Theater. Er konnte es um so weniger, als er gezwungen ist, als Mitglied des Bühnenvereins dessen Beschlüsse zu respektieren. Dem Bühnenverein als Träger des Tarifvertrages mit der Genossenschaft der deutschen Bühnengehörigen anzugehören, ist für die Leitung des Vereins eine Notwendigkeit.

Scharfmacherische Tendenzen liegen der Vereinsleitung völlig fern. Eine fünfjährige Aussperrung derjenigen Darsteller, die sich an dem jetzigen Streik beteiligen, ist von ihm nicht beabsichtigt. Die ganze bisherige Stellungnahme des Vereins muß den Beweis erbringen, daß die Vereinsleitung derartige Maßnahmen niemals treffen würde. Um so bedauerlicher ist es, daß die Genossenschaft der deutschen Bühnengehörigen den Kampf gegen die Theater der Volksbühne nicht anders eröffnete als gegen die übrigen Berliner Bühnen. Fünf Minuten vor Beginn der Vorstellung wurde von den Ableitern der Genossenschaft erklärt, daß nicht gespielt werden dürfe, nachdem erst eine Stunde vorher die neuesten Forderungen der Genossenschaft beim Bühnenverein angemeldet worden waren. So waren die Vereinsmitglieder, die bereit in den Theatern erschienen waren, gezwungen, unter Opferung der aufgewandten Fahrgebel wieder das Theater zu verlassen.

Die Leitung der Volksbühne E. V. versteht es auch nicht, daß die Streikleitung von der Art der komischen Oper gestaltet, weiter zu spielen, ohne daß hier eine der feststehenden Forderungen bewilligt ist, während die Theater der Volksbühne, die wirklich der Kunstpflege zu dienen bestrbt sind und keinen geschäftlichen Charakter tragen, bestrbt werden.

Die Genossenschaft der deutschen Bühnengehörigen muß sich bewusst sein, daß sie mit ihrem Kampf gegen die Volksbühne deren Existenzgrundlage gefährdet. Nachdem der Ausfall mehrerer Vorstellungen infolge des Streiks dem Verein außerordentlich schweren finanziellen Schaden zugefügt hat, wird der Verein, welche Bewilligungen auch am Ende des Streiks sehen mögen, den

Uniformsorgen der Offiziere.

Wackensens „Stubenarrest“.

Der Hauptauschuss des Reichstages erledigte am Mittwoch die Nachtragsetats des Reichspräsidenten, der Reichskanzlei, des Reichswirtschaftsrats, des allgemeinen Pensionsfonds und des Reichsmehrministeriums. Die Genossen Stücken und Müller sprachen sich aus Sparmaßregeln gegen die Neuschaffung einer zehnten Admiralitätsstelle aus. Die Stelle wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten genehmigt. Bei der Beratung des Wehretats verlangten die Deutschnationalen, den Offizieren in Zukunft wieder das Tragen der früheren Uniform außerhalb des Dienstes zu gestatten. Abg. Wumm (Dnat.) stellte einen entsprechenden Antrag. Das gab dem Reichswehrminister Geßler Anlass zu einem Klageged über die traurige Lage der Offiziere. Die Offiziere müßten heute schon in Zivil an Bekleidungen teilnehmen, weil sie nur zwei Uniformen hätten, die sie für den Dienst brauchen. Der Clou war, daß Geßler erklärte, der Generalfeldmarschall Wackensens habe ihm geschrieben: „Wie lange gedenken Sie noch über mich Stubenarrest zu verhängen?“ Trohdem war Geßler der Ansicht, daß das Verbot des Tragens der früheren Uniform nicht aufgehoben werden kann, da sich aus dem Tragen dieser Uniform schwere politische Bedenken ergeben haben. — Nachdem sich noch die Deutsche Volkspartei warm für das deutschnationale Ansuchen eingesetzt hatte, wurde der Antrag gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der republikanischen Deutschen Volkspartei, die bekanntlich mit der Sozialdemokratie in die große Koalition eintreten will, abgelehnt. Der demokratische Abgeordnete Kopisch wußte nicht recht, ob er dafür oder dagegen stimmen sollte.

Wir erfahren hierzu, daß der arme Generalfeldmarschall Wackensens als Pension von der Republik die Kleinigkeit von jährlich 2237 400 Mark erhält und daß sich dieser Betrag automatisch mit jeder Teuerungssaktion für die Beamten erhöht. Herr Wackensens kann sich für diesen Betrag keine neue Uniform kaufen? Hoffentlich hält ihn sein Stubenarrest noch recht lange zum Ruhen der Republik in seiner Klausur. Die Frage wäre heute angebracht, ob die jetzige Regierung das seinerzeit vom Reichstag abgelehnte Pensionskürzungsgezet wieder aufgreifen will oder nicht.

Sozialdemokratie und Lohnsteuer.

Eine notwendige Richtigestellung.

Der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ veröffentlicht in Nr. 130 vom 9. November eine Mitteilung, in der behauptet wird, daß durch die „Unachtsamkeit der sozialdemokratischen Mitglieder des Steueraussschusses die Neuregelung der Lohnsteuerabzüge“ unterblieben. Diese Behauptung ist falsch. Das Sekretariat der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat deshalb die Redaktion des „Korrespondenten“ um Aufnahme folgender Berichtigung gebeten:

1. Die Anregung zur Änderung der Abzüge bei der Lohnsteuer ist nicht vom DDB, ausgegangen, sondern von der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die Anfang Oktober einen Initiativentwurf einbrachte.

2. Wie bereits in der Presse mehrfach berichtet, hatte die Sozialdemokratische Fraktion längere Verhandlungen mit den bürgerlichen Koalitionsparteien und dem Finanzministerium, um durchzusetzen, daß der sozialdemokratische Gesetzentwurf so rechtzeitig beraten wird, daß die Änderung der Lohnsteuer noch am 1. November in Kraft treten könne. In diesen Verhandlungen hatte sich das Finanzministerium auf einen streng ablehnenden Standpunkt gestellt. Es wollte keineswegs vor dem 1. Januar die Neuregelung der Steuerabzüge eintreten lassen. Gestützt durch diese Haltung des Finanzministeriums erlahmte dann auch das Interesse der bürgerlichen Koalitionsparteien an der schleunigen Beratung des sozialdemokratischen Antrages.

3. Nachdem haben die sozialdemokratischen Mitglieder des Steueraussschusses verlangt, daß ihr Antrag sofort auf die Tagesordnung gesetzt und beraten wird. Dieser Antrag wurde von allen übrigen Parteien abgelehnt.

Aus diesen Darlegungen geht klar hervor, daß von einer Unachtsamkeit der sozialdemokratischen Mitglieder des Steueraussschusses keine Rede sein kann. Die von der Sozialdemokratischen Fraktion beantragte Neuregelung des Steuerabzuges ist vielmehr durch den Widerstand des Finanzministeriums und der bürgerlichen Parteien bis zum 1. Januar verschoben worden.

Vorstellungsbetrieb sicher nicht unter 400 M. festlegen können. Das bedeutet, daß bestimmt Tausende von Mitgliedern nicht mehr in der Lage sein werden, ihren Verpflichtungen gegen den Verein gerecht zu werden, und daß mindestens einer der beiden Volksbühnenbetriebe eingestellt werden muß. In den Versammlungen der Genossenschaft ist mit großem Nachdruck erklärt worden, daß der Streik der Kunst dienen soll und gegen das „Jobbertum“ im Berliner Theaterwesen gerichtet sei. Der Effekt der von der Genossenschaft beliebten Streikaktion wird aber nicht eine Ausschaltung der großen Geschäftsbetriebe sein, für die die ein paar tausend Mark mehr oder weniger Mindestgage keine entscheidende Rolle spielen. Die Folge wird nur sein, daß diejenigen Theater, die den breitesten Kreisen der Bevölkerung gute Kunst zu vermitteln bestrebt waren und sind, in die Gefahr eines Zusammenbruchs geraten.

Jongleure des Alltags. Wir bewundern die fabelhafte Geschicklichkeit, die Jongleure und Taschenpieler in den Varietés zeigen. Aber tollschick gefahren in unserer Umgebung Leistungen, die wir wenig beachten und die doch auch Zeugnisse einer erstaunlichen Geschicklichkeit, Übung und Kraft sind. Ueber solche Jongleure des Alltags plaudert ein Erforscher der Arbeitsmethoden. „Künnst beobachtete ich“, erzählt er, „einen Mühlmann, der eine große Anzahl leerer Mühlsteine verteilte. Ich war überrascht von der Schnelligkeit und Geschicklichkeit, mit der er diese Kanonen in einer geraden Linie in den Wagen hineinschob. Ich dachte, das müßte sehr leicht sein, aber als ich es versuchte, brachte ich es nur mit großer Mühe zustande. Es bedarf einer Übung von Monaten, ja sogar Jahren, um die dazu notwendigen Handgriffe so ruhig und sicher auszuführen. Solcher unscheinbarer Künstler in ihrem Fach gibt es eine große Anzahl. Da sind z. B. die Kohlenträger. Wie sie die schweren Kohlenstücke von dem Wagen herunterheben und durch ein kleines Loch in den Keller werfen, das sieht nach gar nichts aus, ist aber eine Leistung, bei der eine große Menge Kraft und Geschicklichkeit zusammenwirken. Nicht anders ist es bei den Arbeitern in den Brauereien, die die riesigen Bierfässer so geschickt in die Keller hineinschieben. Wer das nicht gelernt hat, bringt es auch mit Aufbietung der größten Kräfte nicht zustande. Haben Sie schon einmal versucht, eine Anzahl von Bierfässern auf einer Leiter hinaufzutragen? Ich habe es probiert, und ich kann versichern, daß es gar nicht leicht ist. Die Bierfässer sind sehr viel schwerer als man denkt, die Leiter schwankt, und man hat nur eine Hand, um sich anzuhaken. Das bringt eine höchst unangenehme Situation mit sich, so daß man gar nicht begreifen kann, wie der Maurer so mühelos und sicher in die Höhe steigt. Und so ist es nicht nur beim Häuserbau, sondern auch bei den meisten anderen Handwerken, die eben gelernt sein müssen, und in denen es der geübte Arbeiter zu einer bewundernswerten Fertigkeit bringt. Einen besonders hohen Grad von Kraft und Geschicklichkeit müssen die Möbeltransportarbeiter aufweisen, und am schwierigsten dürfte wohl das Handhaben von Klavieren sein, bei denen eine unvorsichtige und unsachgemäße Behandlung sofort einen großen Schaden hervorruft.“

Zu der Zientdoyer tritt Helene Wildbrunn, die von ihrer Schwestern-Tournee zurückgekehrt ist, zum erstenmal wieder am Sonntag und zwar als „Hilde“ auf. Karl Braun, der ebenfalls von Amerika zurückgekehrt, beginnt am Freitag als „Barber von Bagdad“

Östjuden-Einwanderung.

Der Preussische Landtag beschäftigte sich gestern in seiner ganzen Sitzung lediglich mit der großen Anfrage der Deutschnationalen über die Einwanderung der Östjuden. Der Abgeordnete Käbler (Dnat.) begründete die Anfrage. Er meinte, seit der Revolution sei die Östjudenfrage nicht zur Ruhe gekommen. Zwischen Ausländern und Ausländern müsse ein Unterschied gemacht werden, so dürften die Wolgadeutschen nicht auf eine Stufe gestellt werden mit den östjüdischen Einwanderern. Die deutschnationale Forderung zur Abdämmung der Einwanderung der Östjuden habe nichts mit antisemitischer Hege zu tun. Sogar Dr. August Müller habe im „8-Uhr-Abendblatt“ treffend geschrieben, wie diese „Masgeler“ aus dem Osten in Deutschland immer wieder Nahrung und Unterschlupf finden. Als Arbeiter kämen die Östjuden kaum in Frage. In Deutschland bestimme sich das Wort von Karl Franzos: Jedes Land hat die Juden, die es verdient.

Minister des Innern Severing beantwortet sofort die deutschnationale Anfrage. Auch ich verstehe die Bedeutung der Frage nicht. Die Argumente aber, die der Redner hier vorgetragen hat, kann ich nicht teilen. Viele Zeitungen und Versammlungsredner, besonders rechtsradikaler Organisationen, legen alles darauf an, die Juden für alles wirtschaftliche und politische Elend in Deutschland verantwortlich zu machen. D-Jüde, in denen sich das von dem Redner entworfen Bild ausbleibt, kommen nicht nur von Wien, sondern auch aus dem Westen,

und es sind daran nicht nur jüdische Elemente, sondern auch wackere Arbeiter beteiligt. Die schon auf der Bahn von Deutschlands Wirtschaft wärfele. Die Regierung und die Volkvertretung ist verpflichtet, sich auf einen rein sachlichen Boden zu stellen. Jüdische Zeitungen berichten, die ungarische Regierung beabsichtige, eine große Anzahl Juden auszuweisen, es werde ein großer Teil der Ausgewiesenen sich nach Preußen wenden. Ich möchte an dieser Stelle den Völkerbund darauf aufmerksam machen (Wachen rechts), daß Deutschland und Preußen diesen Flüchtlingsstrom nicht aufnehmen kann. Wenn die Einrichtung des Völkerbundes überhaupt einen Sinn hat, muß er sich mit dieser eminent praktischen Aufgabe beschäftigen. Jedenfalls ist die heutige Lage der Ernährungsverhältnisse, wie des Wohnungs-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktes nicht danach angelegt, um das Heer der Ausländer noch zu vermehren. Bezüglich der Grenzüberwachung ist bisher nichts veranlaßt worden, soweit wir über die Mittel verfügen; Sie wissen aber alle, wie wir aus finanziellen Gründen und durch Entendebital verpflichtet sind, unsere Polizeikräfte möglichst niedrig zu halten. Die Grenze von Ostpreußen bis Oberschlesien laufend durch einen Polizeifordon abzusperren, sind wir außerstande. Es ist nicht richtig, daß meine Praxis davon diktiert würde, daß ich nach dem Beifall des Auslandes hasche, aber

wir müssen auf das Ausland Rücksicht nehmen. Ich habe früher schon gesagt, wenn es uns nicht gelingt, dauernd Aufträge vom Ausland zu bekommen, müssen wir Menschen statt Ware exportieren. Bei Zunahme der Arbeitslosigkeit werden wir in einigen Jahren Millionen von deutschen Arbeitern zur Auswanderung gezwungen sehen. Wenn wir nach dem uns so oft gegebenen Rezept polnische Bergarbeiter ausweisen, hätten wir dann

in Polen Satzungenkommen für unsere deutschen Arbeiter zu erwarten? Und dann gibt es doch auch noch so etwas wie den Versailleser Friedensvertrag. Von den Berliner Verhältnissen kann man nicht ohne weiteres auf Preußen schließen. In Ostpreußen waren im März 1923 Ausländer gezählt, darunter 1712 Östjuden. (Zuruf: Die anderen hat Runge erschlagen!) (Heiterkeit.) Herr Runge hat in Oberschlesien eine Saat gesät, welche

Pogrome vorbereitete. (Großer Lärm rechts, stürmische Zurufe links.) Er hat sich die Hege zunutze gemacht, die in Versammlungen und Organen der Deutschnationalen dadurch getrieben wurde, daß man

alles wirtschaftliche Elend den Juden in die Schuhe schiebt. Die Behörden und auch die jüdischen Organisationen sorgen für eine erhebliche Zirkulation der Passanten. Wenn man von einem preussischen Problem spricht, darf man auch nicht vergessen, daß im Kriege 40 000 Östjuden nach Deutschland deportiert und zumeist in Preußen angesiedelt wurden. Preußen kann nur im Verein mit den anderen Ländern und im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt vorgehen. Bei der Frage, ob Ausländer zuzulassen oder länger zu dulden sind, wird die Lage des Wohnungs-, Arbeits- und Lebensmittelmektes entscheidend sein. (Lebhafte Beifall links, Lärme rechts.)

Nach dem Minister erklärt in der Besprechung der Anfrage der Deutschpolenpartei v. Egnern: Die Ergebnisse in der Grenadierstraße, auf der Strohdamm und auf dem Wohnungsamt redeten eine deutliche Sprache. Der Antisemitismus könne nicht von ungefähr entstehen. Die

Schließung des östlichen Einfallstores sei notwendig. Wenn Deutschland nach den Worten des Ministers keine Menschen ausführen dürfe, so dürfe es sicherlich auch im Augenblick keine Menschen einführen. Die Östjuden leisteten keine produktive Arbeit. Wenn Amerika die Tür zumache, dann habe Deutschland dazu noch viel mehr Recht und Grund.

Der kommunistische Scholam erinnert die Rechtsparteien daran, daß von den Östjuden allein 4000 in den Ruhrbergwerken unter Tage arbeiten. Pommerische Gutbesitzer hätten östjüdische Landarbeiter angefordert, sogar der Bruder des Herrn Wulle und ein Herr v. Lettow-Worbeck hätten das getan. (Hört, hört! links.) Gegen die billigen Arbeitskräfte hätten die Kapitalisten und Agrarier nichts einzuwenden. Schon während des Krieges habe die Oberste Heeresleitung jüdische Handwerker aus Polen zu Tausenden nach Deutschland in die Munitionsfabriken geschleppt.

Der Demokrat Fischbeck sagt, daß gewisse Wiener Kreise sich jetzt an die Berliner Börse herandrängen, um mit Devisen zu spekulieren. Der Minister habe die menschliche Seite des Problems betont, allein die Not des Landes sei so groß, daß man bei allem guten Willen den Fremden nicht helfen könne.

Der Wirtschaftsparteiler Abg. Dr. Bredt hält dem Abg. Fischbeck vor, er habe trotz aller Verkaufserläuterungen eine antisemitische Rede gehalten. Die Deportation der Polen während des Krieges habe Deutschland verhöhnt gemacht, ganz überflüssigerweise; denn die Deportierten hätten nach acht Tagen ja doch nicht mehr gearbeitet. (Heiterkeit.) Seht nehme der Metallkauf in Berlin so sehr überhand, daß die Regierung die Pflicht habe, den Dingen nachzugehen. Eine strengere Kontrolle der Fremden sei unbedingt notwendig.

Nach dem Wirtschaftsparteiler hielt unser Genosse Dr. Lohn eine Rede, die scharf mit dem antisemitischen deutschnationalen Pharisäern abrechnete und vom Hause mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wurde. Man hegt gegen den Juden, vor allen Dingen den Östjuden. Darf ich Sie (nach rechts) daran erinnern, daß der Östjude Jahrzehnte hindurch in Ost- und Westpreußen

Vertreter des deutschen Gedankens war? Die Juden in Ost- und Westpreußen sind nicht schuld daran, wenn heute dort ehemals deutsche Gebietsteile in die Hände der Polen fielen. Haben die Juden in Deutschland nicht Hierden des deutschen Geisteslebens aufzuweisen? War nicht der geistige Begründer der alten konservativen Partei ein Jude? Sind nicht die Juden in hervorragendem Maße Träger der deutschen Wirtschaft? Wo wäre der deutsche Export nach dem Osten und nach den englischen Kolonien in der Vorkriegszeit geblieben ohne die Juden, ohne die Östjuden? Wo die deutsche Arbeit in Rußland? Hat nicht die deutsche Okkupation in Rußland, in Polen sich auf die Östjuden gestützt? Die Östjuden haben nach dem Kriege für

ihre Deutschfreundlichkeit in Pogromen büßen müssen.

Von jeder anderen Einwanderung aus dem Osten her, die bei uns gegenrevolutionäre Kongresse abhält, um die Sowjetregierung zu stürzen, mit der die deutsche Reichsregierung den Vertrag von Rapallo abgeschlossen hat, hat Herr Dr. Käbler nichts erzählt. Nichts von jenen Kongressen in Reichenhall und Wiesbaden, nichts auch von den 20000 Batten, die nach Deutschland kamen. (Lachen rechts.) Sie lachen? Wissen Sie nicht, daß diese Batten 100 Jahre lang Deutschland vergessen hatten und die getreuesten Knechte des Zarismus geworden waren? — So einfach ist das Wanderungsproblem nun nicht, wie Herr Dr. Käbler es anpackt. Es genügt nicht, einfach zu fragen nach dem wirtschaftlichen Nutzen. Von so engem Horizont läßt sich das Problem nicht lösen. Auch der Demokrat Fischbeck hielt hier eine antisemitische Rede und stieg zu den niedrigen Instinkten der Hege von rechts herauf. Wenn man natürlich die freie Wirtschaft will, wie Herr Fischbeck, dann sind Schieberel und Buherei unvermeidlich. Stasi zu hegen, muß man Sozialpolitik treiben, wie es der jüdische Arbeitsnachweis tut. Die Hauptsache ist, daß die östjüdischen Arbeiter sofort gewerkschaftlich erfasst werden. Auch könnte Herr Dr. Käbler einmal die Schriften La Garde hernehmen und nachlesen, wie dieser Judengegner über die Juden urteilt. Er rühmt ihnen Zucht und Opferfähigkeit nach — zwei Tugenden, deren Verbreitung im heutigen Deutschland sicherlich nicht von Schaden ist. Jeder glaubt, über die Östjuden herziehen zu können und hat keine Ahnung von ihren Kulturwerten. Es sind Östjuden in Amerika, die sich für die Hilfsfähigkeit in Deutschland verdient gemacht haben. Es sind Östjuden, die in Polen im Kampfe der nationalen Minderheiten der wertvollste Bundesgenosse der Deutschen sind. Wenn Minister Severing heute hier im Hause von der Gefahr großer Auswanderung aus Deutschland gesprochen hat, dann sollten die Judenbezer daran denken, daß bei der Verwandtschaft zwischen deutschen und jüdischen Schicksalen Antisemitismus in Deutschland ein verbrecherischer und für das deutsche Volkstum schädlicher Unsinn ist. (Lebhafte Beifall links.)

Nach weiteren Ausführungen eines Deutschhannoveraners, eines Deutschnationalen und eines Zentrumsmannes vertagte sich der Landtag auf Donnerstag 12 Uhr.

Ausweisung lästiger Ausländer aus Preußen.

Aus einer Verfügung des Ministers des Innern teilt der Amtliche Preussische Pressedienst folgendes mit:

In Zukunft sind am 15. Januar, am 15. April, am 15. Juli und am 15. Oktober jedes Jahres Radweisungen über die im abgelaufenen Vierteljahre in den einzelnen Regierungsbezirken angeordneten und durchgeführten Ausweisungen lästiger Ausländer aus dem preussischen Staatsgebiet einzureichen. Für die Zeit vom 1. Juli bis zum 1. Oktober d. S. ist die Radweisung umgehend nachträglich vorzulegen; in jedem Falle ist Feblanzeige erforderlich. Am Schlusse der Radweisung ist eine zahlenmäßige Uebersicht zu geben, wieviel Angehörige der einzelnen fremden Staaten von dem im Laufe des Berichtsvierteljahres angeordneten und tatsächlich durchgeführten Ausweisungen betroffen worden sind.

Die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, die für heute vormittag angelegt war, fällt aus. Ein neuer Termin ist noch nicht bestimmt.

Zeitungsverbot in Hannover. Oberpräsident Roste hat die „Niedersächsische Arbeiterzeitung“ in Hannover wegen Beleidigung der Regierung Cuno und wegen Beleidigung der Braunschweiger Regierung erneut auf drei Wochen verboten.

Die Partei ruft!

Ihr Ruf gilt jedem, der sich zu ihr zählt, der mitarbeiten will an der sozialistischen Durchdringung unseres Volkes. Die Entwertung der Mark — herbeigeführt durch die Reparationslasten und verschärft durch schamlose Spekulation — hat in jedem Haushalt der arbeitenden Bevölkerung bittere Sorge einzuführen lassen. Alle Lebensmittelpreise steigen in ungeheurer Weise. Die Gehalts- und Lohnsätze vermögen diesem Klettern in keiner Weise zu folgen. In solcher Zeit alle gemeiner Ruf ruft die Partei auf, dem Vorkämpfer des arbeitenden Volkes, dem „Vorwärts“, noch weitere Einflusstreife zu erschließen. Ihm neue Leser zuzuführen aus jenen Schichten des Volkes, die ohne sichere und zielklare publizistische Führung in dem Wirral der Not zu verzweifeln drohen. Auch der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratie, das Blatt der denkenden Berliner Arbeiter, das mühselig und unter Entbehrungen groß geworden, wird heute durch die Teuerung schwer mitgenommen. Deshalb appellieren wir an alle Genossen, mit dem Eifer, den sie stets bewiesen, auch weiter für die Verbreitung des „Vorwärts“ zu wirken. Noch ist der Bau unerschüttert. Aber es gilt seine Fundamente zu sichern, damit die Flut der Geldentwertung ihn nicht ernsthaft gefährden kann. Wenn jeder Genosse und jede Genossin es sich zur Aufgabe macht, trotz allgemeiner Teuerung einen neuen Leser für den „Vorwärts“ zu werben, dann wird er im Kampf um die Sicherung der Republik, im Kampf um erträgliche Lebensbedingungen auch fernerhin mit allen Kräften und mit Erfolg die Interessen des arbeitenden Volkes zu schützen wissen.

Man zögere nicht! Der Monatswechsel bietet beste Gelegenheit zum Abonnentenwerben. Man fülle den folgenden Zettel aus und sende ihn an den Verlag des

„Vorwärts“!

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzuliefern. (In Orten außerhalb Groß-Berlins ist der „Vorwärts“ bei der Post zu bestellen.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingärten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus.

Name _____
Wohnung: _____
Straße Nr. _____
vorn — Hof — Quergeb. — Seit nst. — Tr. links — rechts
bel _____

Gewerkschaftsbewegung

An die Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins!

Wie schon bekannt, haben die Schauspieler Groß-Berlins das provokatorische Verhalten der Theaterunternehmer während der Tarifverhandlungen und deren gänzlich ungenügendes Gegen-Gegenangebot mit der Arbeitniederlegung beantwortet müssen, um ihre künstlerische und wirtschaftliche Existenz nicht vernichten zu lassen. Zurzeit wird nur noch an einigen Bühnen, mit deren Leitungen besondere Vereinbarungen getroffen wurden, gespielt. Dies sind die beiden Staatstheater, das Deutsche Opernhaus, die Komische Oper, das Nelson-Theater und die Große Ballsoper. Von diesen besonderen Ausnahmen abgesehen ist der Streik also ein allgemeiner. Den streikenden Kolleginnen und Kollegen, die in der dem A.F.A.-Bund angeschlossenen Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen organisiert sind, ist die Sympathie und die Solidarität aller Arbeitnehmer Groß-Berlins gemiß.

Ueber die Tätigkeit der an den Bühnen beschäftigten Kollegen, die nicht zum darstellenden Personal gehören, entscheiden die in Betracht kommenden Einzelorganisationen. Es handelt sich hier insbesondere um die technischen Theaterangestellten und die Bühnenarbeiter. Bei etwaigen Zweifelsfällen wenden diese Kolleginnen und Kollegen sich am besten an die örtlichen Leitungen der zuständigen Organisationen. Dies sind der Deutsche Transportarbeiterverband und der Deutsche Wertmeisterverband. Die Bureaueingestellten, auch die im Zentralverband der Angestellten organisierten, handeln zunächst nach den Anweisungen der Streikleitung. Die Streikleitung liegt in den Händen der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen, die in ständiger Verbindung mit den örtlichen freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen steht.

Die streikenden Schauspieler beabsichtigen, in der allernächsten Zeit in verschiedenen Sälen Groß-Berlins besondere Vorstellungen zu veranstalten, deren Erträgnisse den Streikenden zugute kommen sollen. Es wird erwartet, daß diese Vorstellungen, die einen volkstümlichen Charakter tragen werden, Unterstützung durch die werktätige Bevölkerung finden. Nähere Bekanntmachungen hierüber erfolgen rechtzeitig von der Leitung der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen, eventuell auch durch die Einzelverbände.

Während des gegenwärtigen Streiks haben die Einzelverbände, die gelegentlich oder dauernd gemäß besonderer Vereinbarung Theaterkarten verkaufen, diesen Vertrieb in jedem Falle einzustellen.

Arbeiter und Angestellte Groß-Berlins! Es gilt, durch eure Solidarität dem Kampf der Schauspieler, der ja nur ein Teil der von uns zu führenden wirtschaftlichen Gesamtkämpfe ist, zum Siege zu verhelfen. Sobald die Situation es erfordert, werden weitere Mittelungen erfolgen.

Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

G. Sabath.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Ortsamt Groß-Berlin.

Platau. Difo. Rogat.

Der Hochbahnerstreik beendet!

Die streikenden Hochbahner nahmen gestern Abend in einer überfüllten Versammlung in der Hochbrennerei Stellung zu dem Ergebnis der am Dienstag vor dem Demobilisierungskommissar geführten Verhandlungen.

Nobel vom Verkehrsband berichtete, daß die Unternehmer bereit sind, ab 1. bis 15. Dezember folgende Stundenlöhne zu zahlen: Handwerker 202 M., angelernte Arbeiter 194 M., ungelernete 190 M., Frauen sollen 70 Proz. von den Männern der angelernten und die Heimarbeiterinnen 65 Proz. der Löhne der angelernten Arbeiter erhalten.

Die Zulage für Nachtarbeit wird von 2 M. auf 4 M. erhöht. Die Frauen- und Kinderzulage wird um je 1 M. erhöht und beträgt für jedes Kind 9 M., für die Frauen 6 M.

Für Dezember wird eine einmalige Wirtschaftshilfe im Betrage von 4000 M. für Heimarbeiter, 3000 M. für Ledige und Frauen und 1500 M. für Jugendliche gezahlt werden. Nach einer vorgelegten Entschließung haben die Funktionäre der Hochbahner beschlossen, die Ablehnung des Angebots zu empfehlen.

In der Aussprache kam eine sehr erregte Stimmung zum Ausdruck. Zeitweise zeigten sie lärmende Unterbrechungen der Redner. Von Dr. Mann (Transportarbeiterverband) wurden berartige Unterbrechungen scharf gerügt.

Nach einem Schlußwort von Nobel wurde zur geheimen

Abstimmung geschritten. Ueber das Resultat gab Koch I (Metallarbeiterverband) folgende Erklärung ab:

Nach erfolgter Abstimmung sind die Stimmzettel von dem Zentralstreikkomitee gezählt und es ist hierbei die bedauerliche Tatsache konstatiert worden, daß über 1000 von den Anwesenden sich nicht an der Abstimmung beteiligt haben. Auf Grund der Würdigung dieses Vorganges haben Streikleitung und Funktionäre einstimmig beschlossen, daß der Streik als beendet anzusehen und die Arbeit Donnerstag morgen wieder aufzunehmen ist. Die zur Vorbereitung der Wiederaufnahme nötigen Gruppen werden die erforderlichen Arbeiten sofort aufnehmen.

Spaltung des Reichsverbandes der Postbeamten.

Der Bezirksverein Berlin des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten hielt am 28. November seinen Bezirksstag ab. Nach einem eingehenden Referat des Vorsitzenden U. H. der an den Beschluß der letzten Vertrauensmännerversammlung erinnerte, aus der Bezirksgewerkschaft auszutreten und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund beizutreten, wurde nach gründlicher Aussprache folgende Entschließung mit 148 gegen 1 Stimme bei 20 Stimmenthaltungen angenommen:

„Der Bezirksstag erkennt die Notwendigkeit des Anschlusses an eine Spitzenorganisation an und beschließt:

Gründung einer Bezirksgewerkschaft Berlin der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft, die sich dem A.D.B. anschließt. Mit der Gründung der Bezirksgewerkschaft ist die Auflösung des Bezirksvereins im Reichsverbande verbunden.“

Darauf wurde der Bezirksstag um 11 1/2 Uhr nachts geschlossen. Im Anschluß hieran wurde in einer neuen Sitzung der vorgelegte Satzungsentwurf einstimmig angenommen und die neue Allgemeine Deutsche Postgewerkschaft gegründet.

In den provisorischen Vorstand derselben wurden gewählt: Postassistent U. H., Postsekretär Riedel und Hilfspostschaffner Dose. In den Vorstand der neugebildeten Bezirkspostgewerkschaft wurden gewählt: Postassistent Th. Koch als Vorsitzender, ferner Jachert, Siebert, Boigt, Emil Schulz, Max Koch, Körber, Steiner, Wilmzig. Die Beiträge werden in aller Höhe erhoben und vom 1. Dezember ab an die neue Spitzenorganisation abgeführt. Die Geschäftsstelle der Bezirkspostgewerkschaft befindet sich Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 139, Fernsprecher Stephan 74.

Der Schritt des Bezirksvereins Berlin wurde außer von den Hamburger Kollegen auch von einem Vertreter der Ortsgruppe Magdeburg freudig begrüßt. Die Ortsgruppe Magdeburg hat beschlossen, eine Umloze von 20 M. je Mitglied zugunsten des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes zu erheben. Eine Reihe von weiteren Zustimmungserklärungen aus dem Reich lag vor.

Nach der Neugründung ist nunmehr eine Auseinandersetzung innerhalb des Reichsverbandes der Postbeamten durch das ganze Reich und darüber hinaus auch in der gesamten übrigen Beamtenschaft zu erwarten.

Delegiertenwahl im Zentralverband der Angestellten.

Die „Einheitsliste“ der Moskauer.

Die „Rote Fahne“ brachte kürzlich eine Aufforderung, für die kommunistischen Listen in den Fachgruppen Sozialversicherung, Gemeinde und Anfrei zu stimmen. Sie vermißte es schamhaft, die Listen als kommunistisch zu bezeichnen, sondern sprach, analog ihrer sonstigen Einstellung zu gewerkschaftlichen und politischen Fragen, von einer „Einheitsliste“.

Die wirklichen Einheitslisten für diese Gruppen sind zustande gekommen in den Fachgruppenversammlungen durch Mehrheitsbeschluß. Weil aber diese Mehrheitsentscheidung den Kommunisten nicht gefiel, haben sie hinterher ihre Sonderlisten aufgestellt. Es ist nun Aufgabe der Mitglieder der beteiligten Fachgruppen im Zentralverband der Angestellten, am heutigen Sonntag durch ihre Stimmabgabe für den Sieg der Listen Sozialversicherung I, Gemeinde I und Anfrei I (Anwärter, andere freie Berufe, Organisationen) zu sorgen. Diese Listen müssen sozial stimmen erhalten, daß für die kommunistischen Listen wenig übrig bleibt. Nachdem die Kommunisten gezeigt haben, daß sie die Demokratie auch innerhalb der Organisation ablehnen, ist damit zu rechnen, daß sie die Delegiertenversammlung weiter dazu benutzen wollen, um ihre Ertritte aufzuführen und damit die Vertretung der Gesamtheit der Angestellten von der Erfüllung der eigentlichen Aufgaben der Gewerkschaft abzuhalten. Wer also nicht will, daß die Delegiertenversammlung zum Tummelplatz kommunistischer Fanatiker wird, sondern die praktische Gewerkschaftsarbeit fördern will, der wähle heute die Listen

Gemeinde I, Klappoth, Ellenberg, Schimmelpfennig, Sozialversicherung I, Max Maier, Ernst Schönlein, Otto Lambrecht, Anfrei Liste I (Anwärter, andere freie Berufe, Organisationen), Karl Felgentreu, Walter Eßbach, Margarete Sehner, Zentralverband der Angestellten (Ortsgruppe Berlin). (Siehe auch die Bekanntmachung in dieser Nummer.)

A.F.A.-Mitglieder der Metallindustrie!

Zunächst informativ geführte Besprechungen im Reichsarbeitsministerium über die rechtlichen Grundlagen für die Reueinziehung eines Schlichtungsausschusses haben zu nochmaligen Erörterungen des sachlichen Inhalts des gegenwärtigen Tarifstreits durch die Vertreter der beiden Parteien Anlaß gegeben. Diese Erörterungen endeten mit einer vorläufigen Vereinbarung. Ueber diese muß in der A.F.A.-Funktionsärversammlung am Freitag, 6. Uhr, in den „Sophien-Sälen“, gesprochen werden. Es muß bestimmt erwartet werden, daß die in der Metallindustrie beschäftigten Funktionäre der beteiligten Verbände zu dieser Versammlung vollständig erscheinen. Als Ausweis dient Funktionskarte nebst Mitgliedsbuch. Ohne Vorweis beider Ausweise kein Zutritt. A.F.A.-Bund, Ortsamt Groß-Berlin.

Deutscher Bauarbeiterverband. Freitag von 6 bis 9 Uhr in den bekanntesten Abstimmungslokalen Urabstimmung über das jetzt getroffene Lohnabkommen. Siehe auch Inserat in der gestrigen Morgennummer.

Der Streik in der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen a. Rh. und Owigu ist noch nicht beigelegt. Das Gewerbegericht hat sein formales Entlassung der drei Betriebsratsmitglieder als zu Recht erklärt, weil sie ohne Unlaubbegünstigung nach Berlin zu dem Kongress gefahren sind. Das wird ihnen offenbar als eine „beharrliche Verweigerung der Arbeit“ angesehen, obwohl sie ebenso wenig als etwa Streikende daran dachten, die Arbeit zu verweigern. Die Direktion glaubte die Beendigung des Streiks zu erreichen, wenn sie die Kündigung der Streikenden als nicht geschehen zurücknimmt. Die Streikenden forderten jedoch, daß erst die drei gemäß-regelten Betriebsräte wieder eingestellt werden, bevor die Arbeit wieder aufgenommen wird. Die Direktion lebte dies ab. — Der Streik ist ohne die Einholung des Einverständnisses und der Zustimmung der Gewerkschaften unternommen. Die Gewerkschaften pflegen in solchen Fällen zunächst zu verhandeln und dann, wenn nötig, zu streiken, nicht umgekehrt. Der Schlichtungsausschuss bemüht sich um die Beilegung des Streiks.

Nachträglich wird gemeldet, daß die Arbeiter von fünf weiteren Fabriken sich dem Streik angeschlossen haben. Im nördlichen Stadtteil von Ludwigshafen haben eine große Anzahl von Geschäftleuten der Aufforderung der Streikenden, ihre Geschäfte zu schließen, Folge geleistet. In Mannheim ist bis jetzt keine Beteiligung am Generalstreik erfolgt. Die Arbeiterchaft der Firma Lang hat erklärt, daß sie mit dem Streik nicht einverstanden sei, daß sie sich aber einer Aufforderung der Gewerkschaften dazu nicht entziehen könne.

Es bestätigt sich immer mehr, daß es sich bei dem Streik um eine kommunistische Wuchprobe handelt, die schon auf der kürzlich in Neustadt abgehaltenen Versammlung der kommunistischen Betriebsräte der Platz gefordert und von kommunistischer Seite schon seit langer Zeit unter der Arbeiterchaft propagiert wurde. Es ist eine Wuchprobe nicht nur gegen das Unternehmertum, sondern vor allem gegen die Gewerkschaften, zu der der wilde Betriebsratskongress in Berlin den Auftakt gegeben hat.

Ami-Wagenbau. Freitag 4 Uhr bei Schöps, am Bahnhof Nieder-Schöneberg, Versammlung aller Kollegen der Richtung Antierbau, Patent- und Gewerkschaftsbuch legitimiert. Sympathisierende Kollegen können durch Mitglieder eingeführt werden.

Deutscher Transportarbeiterverband. Eisenbahnarbeiter. Freitag 4 Uhr Versammlung in der Schulaula der 13. Gemeindefschule, Kunitzstr. 13 III. Bericht der Lohnkämpfe.

Verband der Maler, Lackierer usw. Freitag 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Canal 4, Engländerstr. 17, Mitgliederversammlung. Bericht von den Lohnverhandlungen. Betriebsprüfung. Bericht von der Tagung des Verbandsleiters.

A.F.A.-Funktionäre der Metallindustrie. Freitag 6 1/2 Uhr in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17, wichtige Versammlung. Ausweis: Verbandsfunktionäre und Verbandsbuch. — Metallarbeiter. Betriebsprüfung im selben Lokal nachmittags 5 1/2 Uhr.

Wahlkreis. Mitglieder der mittleren Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes! Umhändelhaber fällt die Sitzung der mittleren Ortsverwaltung morgen, Freitag, aus. — Die Ortsverwaltung. Deutscher Wertmeisterverband, Bezirksverein III. Metallschraubenfabrikation: Außerordentliche Generalversammlung sämtlicher Mitglieder Sonnabend 7 Uhr im Lokal von Köhler, Neue Friedrichstr. 1. Tagesordnung außerordentlich wichtig, daher das Erscheinen eines jeden unbedingt notwendig.

Beantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: H. Glode, Berlin. Verlag: Formverlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formverlag-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Carl Glode u. Co., Berlin. Lindenstr. 3. Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Grimmelt“.

Von städtischen Autoritäten gegen Entlohnung, besonders zum Schutze gegen Grippe und bei Keimverbreitung, Verabreichung, anerkannt und vielfach verwendet sind **Penicillin-Pastillen**. Sie greifen den Keim nicht an und sind angenehm von Geschmack. In allen Apotheken und Drogerien erhältlich.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
besonders schnell
sicher u. schmerzlos
in Apotheken u. besseren Drogerien erhältlich
Gegen Fußschweiß und Wundläusen Kukuril-Fußbad!

Die neue Wintermode

- Ulster** modern verarbeitet aus halbbaren Stoffen, außer gewöhnlich preiswert Mk. **13500**
- Schlüpfer u. Raglans** aus Flanell, Homespun und Gräzenstoffen guter Qualität Mk. 30000, 20000 **25000**
- Daleks** ein- u. zweifelhig, aus marenge und schwarzem Cheviot sowie Eskimo von Mk. **18000**
- Jackett-Anzüge** ein großer Posten gran, braun meliert, sehr haltbare Ware Mk. **13500**
- Jackett-Anzüge** jeglicher Art und Ausläufer, aus guten Stoffen Mk. 30000, 20000, 25000 **25000**
- Sport-Anzüge** mit Breeceshose aus Homespun, Cheviot- und Gräzenstoffen, geschmackvoll nach der neuesten Mode verarbeitet von Mk. **18000**
- Sport-Anzüge** aus gut. Manchest. mit Breecsh oder langer Hoer Mk. 32500 **22500**
- Loden-Mäntel** Bester u. Raglanform aus gutem Strichloden von Mk. **15000**

- ### Kerren-Geh-, Sport-, Reise- und Fahrpelze.
- Sportpelze** (Stoffbezüge aus prima Homespun- Stoffen in verschiedenen Farben)
- Nerzmurmeltutter mit Walabykragen Mk. **150000**
 - Opossumwammenfutter mit Walabykragen Mk. **175000**
 - Blarettefutter mit Schuppenkragen Mk. **225000**
- ferner Walaby mit Kutra, Opossumküpe und Opossumfedertutter in reichhaltiger und moderner Ausstattung.
- Gehpelze** (Stoffbezüge aus marenge Chev. und schwarz Tuchlamagare)
- Nutriastückenfutter mit Sealelektrik-Rollschaalkragen von Mk. **175000**
 - Walabyfutter mit Sealelektrik-Rollschaalkragen Mk. **200000**
 - Zobelkolinskyfutter mit Sealelektrik-Rollschaalkragen Mk. **250000**
 - Bismakopfutter mit Sealelektrik-Rollschaalkragen Mk. **300000**
- ferner **Bismarckien** mit virginischem Otter und Sealotter.
- Großes Lager in den edelsten Pelzsorten!**
- ### Reise- und Fahrpelze.
- Doppelbezüge in bester Qualität, Lammfellfütterung, Arme- und Lammfellkragen von Mk. **150000**

- Winterjoppen** in Sport- und Interimform aus geist. Lodenstoffen mit warmer Fütterung von Mk. **6000**
- Morgenjoppen** aus Flanell u. glatten Stoffen in vielen Farbestellungen, sehr große Auswahl von Mk. **9000**
- Schlafödie** aus glatten u. Flanellstoffen von Mk. **15000**
- Jünglingsschlüpfer** Größe 38-44 mannstaltiger Art u. Ausführung von Mk. **12500**
- Burschen-Schlüpfer** Größe 4-12 in vielen geschmackv. Mustern u. Farben von Mk. **9500**
- Knaben-Ulster und Schlüpfer** Größe 1-6 in großer Auswahl anfangend mit Mk. **1000**

Schwarze und braune Chromiedermäntel und -Anzüge fertig am Lager

BAER SOHN Akt.-Ges.

Berlin nur Chausseestraße 29-30

Angebote freibleibend! Mit Anzahlung gekaufte Waren werden nur 14 Tage reserviert.

Die Preise für Maßbestellungen erhöhen sich entsprechend den jeweiligen Lohnaufschlägen.

Bedenkliches Nachlassen der Kaufkraft.

Rüchsterne Tatsachen.

Ein Weg durch die Geschäfte Berlins belehrt jeden, daß das mit der Geldentwertung parallel gehende Nachlassen der Kaufkraft auch auf den Umsatz nicht ohne Folgen geblieben ist. Feststellungen, die einer unserer Mitarbeiter bei einem Rundgang durch verschiedene Geschäfte machen konnte, illustrieren das in treffender Weise. Im Folgenden sei verzeichnet, was die einzelnen Berufsstände zu diesem Thema sagen.

Kege Nachfrage nach Markenbrot.

Der Inhaber einer großen Bäckerei, die zahlreiche Filialen in den von der Arbeiterbevölkerung bewohnten Gegenden Berlins besitzt, betonte vor allem, daß die ständige Verteuerung des Brotes dem im freien Verkehr zu habenden Brot diesem viele Käufer entzogen und sie dem Markenbrot zugeführt hat. Die Nachfrage nach Markenbrot und das Nachlassen des Konsums an freiem Brot ist sehr beträchtlich. Nicht nur die Preisfrage hat die Verschlebung des Konsums zugunsten des Markenbrotes bewirkt, sondern auch die Tatsache, daß das Markenbrot heute zuweilen jätlicher als das marktfreie Brot ausfällt. Selbst die, denen es gar nicht auf den Preis ankommt, bemühen sich, Markenbrot zu erhalten, sie bieten den Bäckern denselben Preis für das Markenbrot, den sie für das marktfreie Brot zu zahlen haben. Die Bäckerei können natürlich nicht darauf eingehen, einmal stehen dem die gesetzlichen Bestimmungen entgegen und dann würde ihnen das notwendige Mehl für das Markenbrot fehlen, wenn sie dieses ohne Marken verkaufen würden. Sie bekommen nur entsprechend der Ablieferung von Mehl zugeteilt. Von vielen Bäckern wird aber andererseits über die Qualität des Markenbrotmehls geklagt und die Schuld den Mühlen zugeschoben, die sich bei der Herstellung des Markenmehls, an dem sie nicht so gut verdienen wie an dem marktfreien Mehl, nicht die nötige Mühe geben. Die Tatsache, daß die Qualität des Mehls in diesem Jahre zu wünschen übrig läßt, ist unbestreitbar. Sie hängt damit zusammen, daß wir einen sehr heißen Sommer hatten und daß unter der Fruchtigkeit des Getreides natürlich auch das daraus gewonnene Mehl zu leiden hat. Die höhere Ausmahlungsquote ist für die Qualität nicht im geringsten schädlich. Im Gegenteil: je höher das Getreide ausgemahlen ist, desto nahrhafter ist das aus ihm gewonnene Mehl. Das dunkle Mehl enthält viel mehr Nährstoffe als das helle. Leider können es viele magenschwache Personen nicht vertragen.

Keine Braten — aber Knochen.

Verschiedene Fleischer, deren Kundenschaft in der Hauptsache aus Arbeiter besteht, äußerten sich wie folgt: Als bei Beginn der Dollarhaufe die Preissteigerung in allen Waren, auch in Fleisch, sehr heftig einsetzte, war die Folge ein sehr starkes Nachlassen des Kaufs von Fleisch durch die arbeitende Bevölkerung. Da aber die Preissteigerung von Fleisch im Verhältnis zur Steigerung anderer Waren zurückblieb, (?) infolge dessen der Fleischgenuß sich etwas verbilligte, so ist in der letzten Zeit wieder ein leichtes Zunehmen des Fleischverbrauchs zu verzeichnen. Er hat natürlich bei weitem nicht die Höhe erreicht wie vor der Dollarhaufe. Bemerkenswert ist, daß Fleisch zu Braten so gut wie gar nicht mehr gekauft wird. Die Bratmittel sind zu teuer. Natürlich sind die billigeren Fleischsorten beliebter als die teureren, und besonders stark ist die Nachfrage nach Knochen. Die arbeitende Bevölkerung will in ihrer Mahlzeiten aus Hülsenfrüchten usw. doch etwas hineinnehmen, was die Fleischillusion wenigstens vortäuscht. Begehrt sind heute, die Nachfrage nach Fetten ist so groß, daß sie nicht befriedigt werden kann. Es fehlt eben das amerikanische Fett. Die Schlachtungen können aber nicht in dem notwendigen Maße erfolgen, weil der Wurstkonzum zurückgegangen ist (die Abfälle der Schlachtungen werden bekanntlich zur Herstellung von Wurst benutzt). Wenn sie unverwendet blieben, so würde das auf den Preis des Fettes eine verteernde Wirkung haben. Es werden zurzeit also nur so viele Schlachtungen vorgenommen, daß kein Teil des geschlachteten Tieres unverwendet bleibt. Der Konsum an Fleisch von Pferden, Ziegen usw. hat nicht zugenommen. Es fehlt hier an Schlachtmaterial

einmal und ferner ist der Preisunterschied zwischen diesem Fleisch und dem Fleisch von Rindern und Hammeln so gering, daß die Hausfrau es doch vorzieht, das Fleisch der gewöhnlichen Schlachttiere zu kaufen.

Nachlassen des Fettumsatzes.

Nachfrage bei der Konsumgenossenschaft in Lichtenberg ergab, daß der an und für sich nur geringe Butterumsatz nicht nennenswert nachgelassen hat. Butter kaufen aber schon seit langer Zeit nur Regenfräule, die andere Teile nicht vertragen können. Dagegen hat der Umsatz an Schmalz und Margarine nachgelassen. An ihrer Stelle werden Karmelade und Pflaumenmus, die billiger sind, als Brotaufstrichmittel verwendet. Der Absatz in Hülsenfrüchten ist geringer geworden. Dies hängt auch damit zusammen, daß genügend Kartoffeln zur Verfügung stehen. Denn es gibt in Berlin kaum eine Familie, die sich nicht für den Winter mit Kartoffeln eingedeckt hat. Bessere Konditoren werden, weil sie zu teuer sind, hier fast nicht mehr gekauft. Die Weihnachtsverkäufe in Lebensmitteln haben in diesem Jahre sehr frühzeitig eingesetzt. Die Bevölkerung versorgte sich mit Mehl, Rosinen, Korinthen und auch mit Pfefferkuchen, der besonders begehrt war. Die Konsumgenossenschaft hat bekanntlich eine eigene Backwarenfabrikation, in der 30 Personen beschäftigt sind, die reichlich Tag und Nacht zu tun haben. Sogenannte Geschenkartikel dagegen werden in diesem Jahre nur wenig gekauft. Dazu reicht das Geld nicht. An Textilwaren werden in der Hauptsache alle die Waren gekauft, die dazu dienen, den Körper warm zu halten. Auch Schuhwaren werden sehr viel umgekehrt, es liegt dies daran, daß hier ein Paar Schuhe noch für 3000 bis 4000 M. zu haben ist, während in anderen Geschäften für dieselben Waren 10 000 M. und darüber bezahlt werden. Besonders gut geht Kinderkleidung und auch Haushaltungsgegenstände sehr begehrt. Es werden viel Bettstellen und Sofas gekauft. Wer noch irgend etwas Geld hat, legt es in Sachwerten an. Erwähnen wollen wir, daß auch der Spirituosenumsatz bei der Konsumgenossenschaft ziemlich beträchtlich ist, obwohl gerade hier diesem Artikel wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Der Konsumgenossenschaft ist es darum zu tun, die Bevölkerung gut und billig mit den Artikeln zu versorgen, die sie unbedingt braucht.

Auch Raucher bescheiden sich.

Ein Zigarrengeschäftsinhaber, der Filialen in allen Teilen der Stadt unterhält, gab folgende Auskunft: Der Umsatz geht ständig zurück, besonders bei Kunden, die nur kleine Mengen zu kaufen gewohnt sind. Wenn die geringeren Sorten noch verhältnismäßig am besten abgesetzt werden, so legt dies daran, daß Raucher, die früher qualitativ hochwertige Ware gekauft haben, zu geringeren Sorten ihre Zuflucht nehmen. Außerdem besuchen Käufer, die in besseren Wohngebieten ihr Heim haben, die Geschäfte, die in Arbeitergebieten liegen, in der Hoffnung, hier noch billigere Waren kaufen zu können. Ferner kommt hinzu, daß jetzt schon Weihnachtseinkäufe gemacht werden. Der Zigarrenraucher, der es sich nicht leisten kann, für eine Zigarre, die einen Friedenspreis von 8 Pf. hatte, 40 bis 50 M. auszugeben, zieht es vor, um nicht völlig auf das Rauchen zu verzichten, sich mit der Zigarette zu begnügen. Viele Zigarren- und Zigarettenraucher sind schon lange zum Pfeifenrauchen übergegangen, das noch etwas billiger ist. Immerhin kostet auch hier ein Paket Tabak von 50 Gramm, das einhermaßen raucht, nur 70 bis 100 M. Wenn die Zigarrengeschäfte die Preise nehmen würden und dürfen, die dem Wiederbeschaffungspreise entsprächen, wären die meisten Verkaufsstellen verödet. Unter 15 M. ist seit dem 5. d. M. keine Zigarette ab Fabrik zu haben; der Verkaufspreis müßte für sie zurzeit 20 M. betragen. In den meisten Geschäften findet man aber noch reichlich Ware zu billigen Preisen. Zigarren kosten heute ab Fabrik mindestens 25 M. im Einkauf. Wenn die Tabakhändler die Ware noch zu billigeren Preisen abgeben, so sind sie durch die an den Waren umhüllungen befindlichen Bänderchen dazu gezwungen, trotzdem die heutigen Gestaltungsformen der Ware meistens das Vielfache dessen betragen, was heute in den Bänden für die Ware bezahlt wird.

Gemeinsam ist allen diesen Auskünften die Feststellung, daß der Konsum in fast allen Waren zurückgegangen ist, eine Folge des Mißverhältnisses zwischen Einkommen und Bedarf bei allen Lohnempfängern. Es zeigt sich eben immer wieder, daß der Massenkonsum die Stütze jeder Wirtschaft ist. Er ist abhängig von dem Einkommen der arbeitenden Klassen, und mit der sinkenden Tendenz in der Lebenshaltung der Bevölkerung wird der sinkende Absatz der Waren gleichen Schritt halten.

286 Mark das Markenbrot.

Die Ursache der Verteuerung.

Wie wir bereits meldeten, steht mit dem 4. Dezember, dem Beginn der nächsten Woche, eine geradezu katastrophale Verteuerung des Brotes bevor. Das Ernährungsamt der Stadt Berlin teilt jetzt dazu mit: Der Magistrat beriet über die durch die gewaltige Mehlpreissteigerung zum 4. Dezember geschaffene Lage. Bei der Neufestsetzung des Mehl- und Mehlpreises war außer der mehr als dreifachen Steigerung des Abgabepreises der Reichsgetreidebestelle die erhebliche Erhöhung der Personal- und Sachkosten bei sämtlichen in die Mehl- und Brotversorgung eingeschalteten Faktoren zu berücksichtigen. Der Magistrat entließ sich auf Grund ihm von der Ernährungsdeputation vorgelegter genauer Berechnungen, den Preis für das 1900-Gramm-Markenbrot vom 4. Dezember ab auf 286 Mark festzusetzen; der Preis für die gleiche Menge freien Brotes beträgt bereits in der laufenden Woche 600 M., ist also schon jetzt mehr als doppelt so hoch wie der des künftigen Konsumbrot. Die Kommunalabgabe wird vom gleichen Tage an 10 M., das Pfund Weizenkleinmehl 95 M. kosten.

Diese gewaltige Erhöhung des Brotpreises, deren größte Schärfe sich gegen die Minderbemittelten und gegen die arbeitende Bevölkerung richtet, ist herbeigeführt durch die Erhöhung des Preises für Umlagegetreide, die bekanntlich vom Reichstag gegen die Sozialdemokratie beschlossen worden ist. Die Landwirte haben diese Preiserhöhung durch einen regelrechten Vieherstreik erzwungen, indem sie nur einen Bruchteil des abzuleistenden Getreides zur Verfügung stellten. Infolge des Sinkens der Mark sind nun die Preise im freien Verkehr bereits wesentlich gestiegen, es kostet jetzt ein Pfund Roggenmehl im Großhandel 160 M. Da nun die Umlage nicht in ausreichendem Maße abgeführt wird, mußte wesentlich mehr Getreide aus dem Ausland eingeführt und auf dem freien Markt im Inland hinzugekauft werden. So sind in Wirklichkeit auch die jetzt bevorstehenden Brotpreise bereits durch den tatsächlichen Stand der Getreideversorgung überholt, und es ist zu befürchten, daß weitere Preiserhöhungen in absehbarer Zeit erfolgen werden. Von einer Reichsregierung aber, die aus Sorge um das Vertrauen der Agrarier noch nicht einen verantwortlichen Ernährungsminister findet, kann der einzige Versuch zur Abhilfe, nämlich die rückwärtslose Beibehaltung der Umlage kaum erwartet werden.

Vom kommenden Montag ab werden die Preise für Weizen, Koks und Steinkohle abermals stark heraufgesetzt. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte ein Zentner Kofe dann 1500 M. kosten.

Das Schiffunglück auf dem Wannensee vor dem Reichsgericht

Das schreckliche Schiffunglück, das sich am 30. Oktober d. J. auf dem Wannensee ereignete und bei dem 14 Menschen ihr Leben verloren, kam jetzt erneut in einer Verhandlung vor dem Reichsgericht zur Sprache. Der Schiffsführer Wilhelm Richelmann ist vom Landgericht Potsdam am 16. Juni wegen fahrlässiger Tötung unter Verletzung seiner Berufspflicht und wegen fahrlässigen Zerschellens eines Schiffes zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt. Er behauptete, er habe das Unglück nicht voraussehen können. Auch sei der Verfall der Fahrlässigkeit verfallen. Das Reichsgericht hielt jedoch die Feststellungen des Landgerichts für ausreichend und erkannte deshalb auf Verwertung des Rechtsmittels.

Die Welt ohne Sünde.

Der Roman einer Minute von Vicki Baum.

„Es ist ein jämmerlicher alter Kasten, rattert und reißt ein vorfindstuliches System —“
 „Alles eins. Die Frau mit der Nähmaschine wurde reich — ja, Anselm — es hilft nichts. Bei der ersten Ausloot waren wir alle gleich. Heute gibt es schon wieder Arme und Reiche — ich komme in viele Hütten und viele Winkel, mir kannst du glauben. Wir haben gleich viel zugeteilt erhalten und gleich viel abliefern müssen, und also ist einfache Rechnung gemacht, meinst du? Ach nein, Bruder. Die Weder tragen nicht gleich, es gibt gesegnete Erde und ungesegnete, es gibt gesegnete Hände und ungesegnete. Noch sind die reich, die am meisten gearbeitet haben; in zehn Jahren werden sie so reich sein, daß ihnen Faulheit erlaubt ist. Sie werden andere bezahlen und sich keine Haut an den Händen wachsen lassen. Sieh Bernward an, schon heute —“
 Bernward zog seine Hände in einer unwillkürlichen Bewegung von der Tischplatte. Egidius lächelte. „Ach nur,“ sagte er, „wir kennen deine Hände. Ich habe sie oft angesehen und genau, Bernward. Es sind die gepflegtesten Hände im ganzen Staat. Deine Existenz widerlegt unseren ganzen Staat —“
 Kornel beugte sich über den Tisch, hob den silbernen Bleistift hoch, der vor Bernward lag und tippte damit auf die Platte.
 „Dies,“ sagte sie, „dies allein könnte unseren ganzen Staat aus den Angeln heben. Wer besitzt noch so einen wundervollen, anbetungswürdigen, unbeschreiblichen Crayon? Wer besitzt in unserer Armutzeit einen königlichen Gegenstand aus Silber? Niemand. Und folglich und kraft seiner Einzigkeit wächst diesem Bleistift unheimliche Zauberkraft zu. Bernward, der ihn besitzt, dessen Eigentum er ist, wird König. Ich bitte um Aufmerksamkeit für die Worte Besitz und Eigentum. Sie sind wieder da, die lieben Wörterchen. Und Eigentum ist, soweit mein schwacher Verstand reicht, nicht das, was ich habe — denn wir haben alle, was wir brauchen, und alle gleich viel. Eigentum ist erst, was die anderen nicht haben. Es sollte mich nicht wundern, wenn du um dieses Bleistifts willen gekrönt und zum Herrscher ausgerufen werden solltest. Oder wenn man dich wegen dieses Bleistifts an einem trüben Herbstmorgen erwürgt in deinem Bett vorfinden würde —“
 Während Bernward ein etwas trübseliges Lächeln sehen ließ, berichtete Egidius weiter: „Eine arme Frau, die Schwester der reichen Frau, verschaffte sich Gift aus der Fabrik und ver-

suchte, die Schwester zu vergiften, um die Nähmaschine zu erben und auch reich zu werden.“
 „Die Strafe?“
 „Was ist zu strafen, liebe Brüder? Es ist eine arme Frau, herzkrank, kann keine Arbeit leisten. Der Mann ist von ihr weggegangen. Jetzt liegt sie im Krankenhaus und stirbt ganz langsam. Christina hat die Kinder ins Mutterhaus geholt —“
 „Hast du einen bestimmten Antrag zur Frage der zunehmenden Verbrechen?“ fragte Anselm leise.
 „Ach nein, Brüder. Was ist denn Verbrechen? zu große Kraft einmal, zu große Schwäche das andere Mal. Aber daraus sind wir ja alle gemacht, aus Kraft und Schwäche. Einen großen Wald möchte ich haben, weitab von Welt und Eigentum, da möchte ich meine Verbrechen hinnehmen, die Schwachen pflegen und die Starken siege ich fällen und pflanzen und roben und jagen —“
 Sein Satz verlief ohne Ende, hörte mit einem Lächeln auf, das fast um Verzehrung hat. So endeten Egidius' Staatsreden zumeist. Nachher blieb es ein wenig stumm. Alle sahen Anselmus an und erwarteten, was er noch zu sagen hatte. Seine Hände lagen vor ihm, auf ein paar beschriebene Blätter gelegt, sie waren braun von der Arbeit, durchgerotet und dennoch sahen sie heute krank aus. Sie ballten sich hernach zu Fäusten, und dann dauerte es noch einen Augenblick, bis Anselmus sich erhob, sehr gerade dastand und mit sehr lauter und harter Stimme sagte:
 „Ich sehe mich genötigt, jeden Mann des Landes von seinem zwanzigsten bis zum vierzigsten Jahre zur zwangsweisen Dienstpflicht in den staatlichen Betrieben, die besonders schwere oder gefährliche Arbeit fordern, einzuberufen. Das ist: beim Bergbau, Brückenbau, Moorkultur, Fabrik, Bahn und später hinzutretenden staatlich notwendigen Betrieben. Die Dienstpflicht dauert für die Zwanzigjährigen zuerst ein Jahr, späterhin in jedem dritten Jahr drei Monate.“
 Anselmus setzte sich wieder hin, erschöpft, und seine Schenkel zitterten ein wenig. Alle sahen ihn noch an und warteten, ob er sonst nichts zu sagen habe. Aber er hatte nichts zu sagen. Der schwere Wirbel der Sorgen und Gedanken erludte ihm die Worte.
 „Nichtig,“ begann Börries ein nervöses Lachen. „Was gibt's?“ fragte Bernward, der bisher Anselmus spähend von der Seite angesehen hatte.
 „Nichts. Ich sah nur mit einemmal, wie wir so hübsch nach rückwärts gehen, ein Zug von Krebsen, ein ganzer Verein von Krebsen — ganz deutlich sah ich es. Zuoberst — oder zuhinterst, wie man das bei Krebsen nun richtiger nennt

— sah ich Bernward marschieren, ein Hummer, ein Brachtexemplar von Hummer mit dicken Scheren. Und immer nach rückwärts, alles nach rückwärts — es sieht komisch aus.“ Und Börries lachte weiter, nervös geschüttelt, indes seine Augenränder sich noch tiefer röteten.
 Bernward steckte mit einer kurzen Bewegung den silbernen Bleistift in seine hübsche Weste und sagte:
 „Nachdem nunmehr jedes Mitglied unserer Versammlung seine mehr oder weniger guten Wünsche über meine Person gemacht hat, bitte ich meinerseits ums Wort. Es wundert mich — wahrhaftig, es muß mich wundern, daß ein Mann wie ich, dem hier durchaus keine übermäßigen Sympathien entgegengebracht werden, dennoch und noch immer in diesem Rat Sitz und Stimme hat. Oder sollten wir uns einig sein, daß mein Ziel dem euren sehr ähnlich schaut, wenn auch meine Methode oder mein Weg dem hohen Rat nicht recht angenehm zu sein scheint. Das Ziel also wäre: glückliche Menschen zu schaffen. Du, Anselm, als der geborene Führer, tuft es, in 'm du ein ganzes Land voll Menschen dazu bewegst, sich vegetarisch zu ernähren, in ungeheizten Waldhütten zu schlafen und in einer Weise zu roboten, die zu Zeiten der Beiseigenschaft als human gegolten hätte. Ich, bescheidener, veruche es auf meine Weise, soweit der Bereich meiner Macht reicht. Und da haben wir das richtige Stichwort: Macht. Ich habe Macht, das wißt ihr, und deshalb laßt ihr mich an diesem Tisch sitzen. Wenn ich euch einen Rat gebe, dann sagt ihr Bitte — aber ihr befolgt ihn —, liebe brüderliche Idealisten. Ihr dekretiert: Besitz, Eigentum, Geld, Kauf, Tausch ist verboten, Maschinen sind verboten, technische Beheße sind verboten, bezahlte Arbeit, Alkohol, Verkehr mit dem Ausland — was nicht alles, ist verboten. Aber, meine Lieben, wie gehen wir es an, wenn doch dieses Hintertürchen, bei dem Bernward am Posten ist und die guten verbotenen Dinge wieder einschmuggelt? Wie? Nein? Ihr habt wohl die Salzlieferungen zurückgewiesen, die ich euch brachte, oder die Pferde, oder die Zuchttiere, oder die Me'olle und Rohstoffe für Börries' Fabrik und Experimente? Ja? Habt ihr? Ach nein, Anselm, wenn dein Staat überhaupt noch lebt, so ist es, weil ihr zu meiner Insel des Verbotenen schwimmen könnt, wenn euch das Wasser bis an die staatliche Nase steigt. Macht dann immerhin eure Späße über meine Hände! Oder würdet ihr es wohl zurückweisen, wenn ich euch Holz brächte, jeht, wo alle Gruben verlaufen und das Land ans Erfrieren kommt? Einen Wald voll Holz, eine kleine Provinz, in der Egidius alle Raubmörder Europas ansiedeln und gegen künfte? Ihr wißt das wohl zurück, wenn es nach eurer Ueberzeugung geht?“

(Fortsetzung folgt.)

Freispruch im Franz-Prozess.

Nach 12tägiger Verhandlung wurde am gestrigen Mittwoch im später Nachmittagsstunden bei wiederhergestellter Deffentlichkeit der Wahrspruch der Geschworenen verkündet. Die Geschworenen verurteilten sämtliche 42 Schuldfragen. Beide Angeklagten wurden daraufhin freigesprochen. Der Haftbefehl gegen Franz wurde aufgehoben.

Der Prozess erlebte gestern noch einen Zwischenfall. Nach der Mittagspause begannen die Erwidrerungen der Staatsanwälte und der Verteidiger, die sich bis in den späten Nachmittag hinzogen. Plötzlich erlitt Franz einen Schwächezustand und erklärte, fürchterliche Schmerzen zu haben. Das Gericht ließ darauf eine Pause eintreten. In dieser Pause schickte Franz seine Frau zu Rechtsanwalt Bahn ins Anwaltzimmer, mit der Bitte, einen Arzt zu beschaffen, der erklärte, daß eine schwere Retrose vorliege, durch die Franz große Schmerzen haben müsse. Der Arzt gab dem Angeklagten eine Morphiumspritze. Hierauf konnte die Verhandlung fortgesetzt werden. Franz konnte auch nach dem Schwächezustand, in dem er seine Freisprechung verlangte und sich besonders für seine Frau einsetzte. Nach erfolgter Rechtsbelehrung zogen sich die Geschworenen um 4 1/2 Uhr zur Beratung zurück. — Auf Antrag des Rechtsanwalts Bahn, der die Angeklagten vertrat, wurde im Franz-Prozess nach dem Schluß der Plädoyers die Deffentlichkeit wiederhergestellt.

Großfeuer auf dem Wedding.

Der Dachstuhl eines Mietshauses niedergebrannt.

Großfeuer kam am Mittwochabend in der 7. Stunde aus noch nicht ermittelter Ursache auf dem Wedding, Schulstr. 66, nahe der Eggerstraße, zum Ausbruch. Die Berliner Feuerwehr, von mehreren Seiten alarmiert, rückte mit mehreren Zügen unter Leitung des Baurats v. Borch aus. Als sie an der Brandstelle ankam, schlugen die Flammen schon mächtig aus dem Dach des vierstöckigen, von zahlreichen Parteien bewohnten Mietshauses zum bewölkten Himmel empor. Ein scharfer Nordwestwind trieb die Flammen vom Vorderhaus nach dem Seitenflügel und Nachbarhaufe. Ueber die bereits total verqualmten Treppen und mehrere mechanische Leitern wurden schnell 5 Schlauchleitungen von Motorspritzen vorgenommen und damit unausgesetzt gelöscht. Die Löscharbeit wurde durch die Ausdehnung des Brandherdes und der enormen Hitze sowie des starken Windes sehr erschwert. Trotzdem gelang es schließlich mit vieler Mühe und Anstrengung, das Feuer Herr zu werden und eine weitere Ausdehnung zu verhindern. Der Dachstuhl mit seinem wertvollen Inhalt an Hausrat, Wäsche, Brennmaterialien usw. brannte nieder und stürzte zum Teil ein. Das obere Geschoss hat durch eindringendes Wasser an einigen Stellen gelitten. Der Schaden ist sehr bedeutend und nur teilweise gedeckt. Die Hausbewohner vermuten Brandstiftung, weil angeblich kurz vorher einer von ihnen den Boden betreten hat, ohne etwas zu bemerken und gleich darauf der Boden total in Flammen stand.

Die Küche der Schauspieler.

Im Hause der Bühnengenossenschaft wird für die streikenden Schauspieler eine Küche eingerichtet. Schauspielerinnen haben sich zur Verfügung gestellt, um für die ausstehenden Schauspieler zu kochen. Mit Ausnahme von Max Walbert halten alle Ausstehenden zur Sache des Streiks. Walbert hat der Genossenschaft aber mitgeteilt, daß er weiter im Lustspielhaus auftreten wird. Walbert spielt nun auch jeden Abend in dem Kabarett „Die Kaskete“, wo er zusammen mit dem Schauspieler Gerson zu wirken hat, der der Streikleitung angehört. Gerson hat sich verpflichtet, jeden Abend in der „Kaskete“ dem Publikum mitzuteilen, daß nach ihm der Streikbrecher Walbert die Hände betreten wird. Gerson kann sich nämlich seinen Verpflichtungen in der „Kaskete“ nicht entziehen, da er an dem Kabarett nicht durch Schauspielervertrag, sondern durch Artistenvertrag gebunden ist, der sich nach anderen Grundsätzen regelt. Täglich versammeln sich weiter Mitglieder aller Berliner Bühnen im Genossenschaftshaus, um Streikparolen entgegenzunehmen und in der sitzenden Stunde ziehen alle Streikposten, bemannet mit Plakaten und Ausrufen, vor die Berliner Theater, um dem Publikum von der großen Kultur- und Lohnbewegung weiter Kenntnis zu geben.

Die Eisenbahnräuber von Jossen.

Wenn der Wachhund Ulfach läuft.

Bilder, die einem amerikanischen Detektivfilm entnommen zu sein scheinen, wurden gestern in einer Verhandlung vor der 3. Strafkammer des Landgerichts II entrollt, die nach verschiedener Richtung hin auch eines humoristischen Beigeschmacks nicht entbehrt. Wegen schweren Diebstahls waren der Koch Karl Wrofel und der Kutscher Paul Sivert, ferner mehrere Personen aus Jossen und Brandenburg a. d. Havel, darunter ein Schuhmachermeister Striege und ein Eisenbahnassistent Sivert wegen Heister angeklagt.

Wie die Verhandlung ergab, hatte der Angeklagte W. nach Art der amerikanischen Eisenbahnräuber es fertig bekommen, durch eine überaus tollkühne Methode systematisch auf der Strecke Jossen-Dobrilug-Kirchhain verkehrende Güterzüge zu berauben. Er saß an einer Stelle Posto, an welcher die Züge infolge einer Steigung und einer Kurve die Fahrgeschwindigkeit etwas ermäßigen mußten, sprang dann auf den in Fahrt befindlichen Zug, erbrach während der Fahrt die Waggons und warf an einer vorher mit S. vereinbarten Stelle Balken und Risten aus dem Zug heraus. Dann verstaute er die geraubten Güter im Walde, wo er sie in der Nacht mittels Führer abholte. Es handelt sich um wertvolle Seiden- und Lederwaren im Betrage von mehreren Millionen Mark. Außerdem wurde dem Angeklagten ein Einbruch bei einem Hotelbesitzer in Jossen zur Last gelegt, welchem sie das gesamte Weinlager und die vorhandenen Vorräte ausgedummt hatten. Der sonst so wachsame Hofhund Caro wurde am nächsten Morgen in einem eigenartigen Zustand aufgefunden. Es stellte sich heraus, daß er mit einer gehörigen Dosis Ulfach, die er geschluckt hatte, betrunken gemacht worden war. Der Gerichtssaal bot gestern das Bild eines Warenhauses, denn fast der gesamte zur Verfügung stehende Raum war mit Tischen ausgefüllt, auf welchen die gestohlenen und wieder beschlagnahmten Waren ausgebreitet waren. Auf dem Richterisch selbst war wie in einer Bar eine ganze Batterie Vorkräftchen nebeneinander aufgebaut. Das Gericht billigte dem Angeklagten Sivert mildernde Umstände zu und erkannte gegen ihn auf zwei Jahre Gefängnis, gegen Wrofel aber auf 2 1/2 Jahre Zuchthaus. Die übrigen wegen Heister angeklagten Personen wurden zu Gefängnisstrafen von einem bis zu drei Monaten verurteilt.

Rektor und Pfarrer. Zu den Mitteilungen mit dieser Heberschrift in Nr. 550 und 556 erklärt uns der in Nr. 550 erwähnte Herr Straußmeier: 1. Ich bin nicht vom Provinzialschulkollegium oder einem der ihm untergeordneten Organe vernommen worden, würde auch eine solche „Erneuerung“ ablehnen, da ich dem Provinzialschulkollegium keinerlei amtliche Rechenschaft schuldig bin. — 2. Eine Erklärung mit dem Inhalte, wie ihn der Artikel kennzeichnet, habe ich nicht abgegeben. — 3. Der Schriftwechsel zwischen Rektor Treder und mir verlief völlig im Rahmen der gesetzlich geordneten Beziehungen zwischen Schule und Kirche und bezog sich auf die Ausführung von Verfügungen, die das Provinzialschulkollegium selber erlassen hat.

Barum soll ein Pfarrer es ablehnen, in einer Untersuchung gegen einen Lehrer vom Provinzialschulkollegium sich vernehmen zu lassen?

Fünf Millionen für das Krankenhaus Moabit.

Fünf Millionen Mark zur Umwandlung eines alten Pavillons im Krankenhaus Moabit zu einem Entbindungspavillon hat Herr Moritz Griesch (Berlin) dem Stadtmittelrat Geheimrat Dr. Robnow überreicht. Grundätzlich bedeutsam erscheint auch die Zweckbestimmung der Spende und zwar insofern, als sie legiere einem dauernden Nutzen für die Gesamtheit zuführt und eine Anlage für die Zukunft bedeutet, deren Wert erhalten bleibt und dauernd Segen stiftet. Die Stiftung eines Betrages, der einer solchen Erhaltung öffentlicher Wohlfahrtsanstalten dienen soll, darf daher dem Dank der Stadt Berlin und ihrer Bevölkerung besonders gewiß sein und findet hoffentlich Nachahmung.

Raubzug durch Warenhäuser. Vor der Strafkammer des Landgerichts I standen sechs Frauen unter der Anklage des bandenmäßigen Diebstahls. Die Angeklagten hatten sich zusammengetan und Raubzüge durch zahlreiche Warenhäuser unternommen. Sie gingen immer zu viere an einen Stand und, während die anderen die Verkäuferinnen beschäftigten, ließ die vierte Frau die ausgewählten Gegenstände verschwinden. Die Angeklagten waren teilweise geständig. Eine Hausdurchsuchung hatte kein Ergebnis gehabt und nur drei der Angeklagten konnten wegen Diebstahls in drei Fällen überführt werden; sie erhielten Gefängnisstrafen von 3 bis 9 Monaten. Drei der Angeklagten wurden freigesprochen.

Die Berliner Straßenbahn teilt mit: Wegen der bevorstehenden Tarifserhöhung können Zeitkarten und Wertmarken für Monat Dezember d. J. erst ab 1. Dezember zur Ausgabe gelangen. Die Monatskarten für Monat November haben deswegen ausnahmsweise bis einschließlich 2. Dezember Gültigkeit. Die Karten- und Wertausgabestellen sind am 1. und 2. Dezember von 8-8 Uhr, dagegen am 30. November nur von 9-3 Uhr geöffnet.

Begrüßungsausschuss Groß-Berlin. Infolge des Streiks der Schauspieler kann die Aufführung des „Anatol“ von Schnitzler im Neuen Theater am 30. Sonntag, den 3. Dezember, nicht stattfinden. Die Vorstellung wird rechtzeitig besamgegeben. — Besetzung von Kunstwerken, Retamen und Bildern: Zeichnung am 15. Dezember. Los 20 M. im Bureau des Begrüßungsausschusses Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Treppen, Zimmer 8 und bei den Bildungsausschmittgliedern der Abteilungen. Die Gewinne liegen im Bureau zur Ansicht aus. — 1. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Central-Theater, Alle Kassenlos. Die Zeit wird launen* von Romain Rolland. Einige Karten sind noch im Bureau des Begrüßungsausschusses zu haben. — Am 14. Dezember, nachmittags 5 1/2 Uhr, in der Urania, Taubenstr. 48. Der Film im Dienste des modernen Erziehungslebens*, Bilder aus der Schule und für die Schule. Karten à 20 M. im Bureau des DVM und bei den Obleitern der Elternbeiräte.

Gegen Unrecht und verhehlte Sparpolitik ruft der Zentralausschuss der sozialdemokratischen Elternbeiräte die Elternschaft heute, Donnerstag, abends 7 Uhr, nach der Aula des Sophien-Realschulmanns, Steinstr. 82/84, zu einer Protestversammlung, in der Stellung genommen werden soll 1. zum Fall Käfer-Epinter, 2. zur Klassenbildung der Junglehrer und zur Schulnot.

Groß-Berliner Partei-Nachrichten

der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

Zur Nachahmung empfohlen! Von den Konditoren und Kellnern der Konditoreien Dobrin, Gumpert, Henkel, Löhner, Drony und Böttcher sind auf vier Sammellisten für den Kampfonds bereits 8700 M. abgeteilt worden. — Allen Zeichnern besten Dank. Alex. Pagels.

121. Wkt. Riedererschulhaus. Freitag, den 1. Dezember, 7 1/2 Uhr, im Schloß Schönbau, Lindenstr. 11. Öffentliche Volksversammlung. Thema: „Die politische Lage“. Ref. Gen. Armin Grelpen, W. d. R.

- 1. Kreis Wilmersdorf. Heute, Donnerstag, den 30. d. M., 7 1/2 Uhr, Kreismitgliederversammlung im Victoria-Garten, Wilhelmstr. 114-115. Thema: „Die politische und wirtschaftliche Lage“. Referent: Riedel, Wilmersdorf.
- 2. Kreis Kieznick. Freitag, den 1. Dezember, 7 1/2 Uhr, erweiterte Kreisversammlung bei Arizer, Weißbrotstr. Das Erscheinen sämtlicher Abteilungsleiter und Referent ist notwendig.
- 4. Kreis Prenzlauer Berg. Arbeitsgemeinschaft der Rinderfreunde: Freitag, den 1. Dezember, 7 Uhr, Sitzung aller Helfer und Helferinnen und der Weihnachtskommission der 27. Abteilung in der Anabergschule, Sonnenburger Str. 20. Die Abteilungen, die mit der Abrechnung der Konzerte im Rückstand sind, werden um umgehende Erledigung gebitten.
- 12. Kreis Tempelhof-Wilmersdorf. Freitag, den 1. Dezember, 7 1/2 Uhr, im Rathaus Wilmersdorf, Zimmer 20, Sitzung des Kreisvorstandes. Die Abteilungsleiter müssen unbedingt daran teilnehmen.
- 14. Kreis Prenzlauer Berg. (Wintergarten). Sonntag, den 2. d. M., 10 Uhr, Thema: „Neue Gründung zur neuen Regierung“. Referent: Genosse Dr. Böttcher.
- 15. Kreis Riedererschulhaus. Freitag, den 1. Dezember, 7 1/2 Uhr, Kreisreferenterversammlung in Riedererschulhaus, Schönebergstr. 114-115. Referent: Genosse Dr. Böttcher.
- 20. Kreis. Freitag, den 1. Dezember, 6 1/2 Uhr, Funktionärsversammlung im Rathaus, Riedererschulhaus, Hauptstr. 84. Das Erscheinen aller Genossen ist dringend erwünscht.

Heute, Donnerstag, den 30. November:

- 61. Wkt. Friedenau. Arbeitsgemeinschaft der Rinderfreunde: Die Spielstunde für die Schülern finden jeden Montag und Donnerstag von 5-7 Uhr in der R. Gemeindefabrik, Ostendeburger Straße, statt.
- 128. Wkt. Riedererschulhaus. 7 1/2 Uhr, Kreisreferenterversammlung in der 2. Gemeindefabrik, Kottbuscher Str. 114-115. Thema: „Die politische Lage“. Referent: Genosse Kurt Riedemann.
- Jungsozialisten. Gruppe Süden bezieht sich an der Verhandlung der Gruppe Riedererschulhaus. — Gruppe West: 7 1/2 Uhr im Jugendheim Rogätzstr. 22. Mitgliederversammlung, Kreisarbeit, Winterorganisation. Für die Besprechung der Winterorganisation müssen alle Genossen erscheinen, da die Agitation bestmögliche vorgenommen werden soll. — Gruppe Riedererschulhaus: 7 1/2 Uhr in der Gemeindefabrik Rogätzstr. 22. Vortrag: „Die materialistische Weltanschauung“. Referent: Genosse Fritz Schloß. — Gruppe Tempelhof-Wilmersdorf: 7 1/2 Uhr in Tempelhof, bei Hansen, Bornstr. 10, Cafe Neuz Straße, Vortragabend.

Frauenveranstaltung am Donnerstag, den 30. November:

- 65. Wkt. Tempelhof. Pünktlich 8 Uhr in der Werder-Schule, Frauenabend. Wichtige Tagesordnung.

Morgen, Freitag, den 1. Dezember:

- 34. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Aula der Gemeindefabrik Prenzlauer Berg Str. 4. Bildvortrag: „Die Weltunterverfassung in Wort und Bild“. Referent: Genosse Kurt Riedemann. Eintrittskarten sind bei den Bezirksleitern und beim Kassier Riedererschulhaus, Weidenweg 64, nach zu haben.
- 45. Wkt. 7 1/2 Uhr beim Kassier, Genossen Rausen, Pögnitzer Str. 21, a. 2 Te., Abrechnung der Bezirksleiter.
- Jungsozialisten. Gruppe Schöneberg-Friedenau: 8 Uhr im Jugendheim Rogätzstr. 22. Vortrag des Genossen Otto Friedländer über „Romantik und Sozialismus“.

Frauenveranstaltung am Freitag, den 1. Dezember:

- 6. Kreis Reesberg. 7 1/2 Uhr Funktionärsversammlung bei Reim, Ursenstr. 29. Die öffentliche Frauenversammlung am 3. Dezember fällt besonders umständlich wegen aus.
- 69. Wkt. Reesberg. Sonnabend, den 2. Dezember, Unterhaltungsabend in den Lohndorfer-Sälen, Rottbühlstr. 76. Konzert und Tanz.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend. Geschäft etwas reger. Fische knapp. Geschäft reger. Obst und Gemüse reichlich. Geschäft flott.

Am Mittwoch galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:
Rindfleisch 290-400 M., ohne Knochen 290-400 M. Schweinefleisch 480-715 M. Kalbfleisch 500-450 M. Hammelfleisch 325-500 M. Rinderkalt 1150-1275 M. Rindertalg 1050-1200 M. Schellfisch 165 bis 250 M. Seelachs 190-200 M. Dorsch 160-170 M. Flandern 195 bis 170 M. Ratzungen 190-225 M. In Eis: Schleihe 275-300 M. Zander 275-350 M. Heilbutt 150-190 M. Labende Hechte 275-300 M. Eier 68-71 M. d. Stück. Naturbutter 1900-1550 M. Margarine 900 bis 1000 M. Schweineschmalz 1200-1350 M. Kartoffeln 68-78 M. 10 Pfund. Weiskohl 14-17 M. Wirsingkohl 19-22 M. Grünkohl 22 M. Kohlrabi 30-35 M. die Mandel. Kehlriiben 12-15 M. Mohrrüben 12-14 M. Rotkohl 20-23 M. Sellerie 35-50 M. Kürbis 30-50 M. Koch-Äpfel 15-20 M.

Wirtschaft

Von den Produktenmärkten.

Solange unter dem Eindruck der undurchsichtigen innen- wie außenpolitischen Lage die Devisenkurse langsam abdrückten, solange war auch an den Getreidemärkten ein Rückgang der Preise festzustellen. Angesichts der Unsicherheit der Lage war das Geschäft verhältnismäßig gering. Es zeigte in dem Augenblick wieder ein, als außenpolitische Momente und die Enttäuschung über die Zusammenlegung und das erste Auftreten des Kabinetts eine Steigerung der Devisenkurse veranlaßte. Selbstverständlich gingen hiermit auch die Preise für Getreide und Mehl in die Höhe. Das Geschäft wurde in den letzten Tagen lebhafter und zwar deswegen, weil eine Preiserhöhung bevorsteht und besonders die westlichen Verbraucher noch danach trachteten, die alten Frachtlage auszunutzen.

So war besonders Hafer begehrter. Das Geschäft wäre noch umfangreicher gewesen, wenn nicht Geldmangel die Umsätze beeinträchtigt hätte. Es lagen auf der anderen Seite ausländische Angebote besonders in rumänischer Ware vor, auch litauischer Hafer wurde angeboten.

Für Roggen war größere Nachfrage vorhanden mit Rücksicht darauf, daß am 30. November der Termin für die Ableftung des ersten Umlagebittels abgelaufen ist. Verschiedene Landwirte ließen Ware am Markt kaufen, um ihren Umlagepflichten nachkommen zu können. Allerdings überwiegen noch offizieller Darstellung die Zahl der Sämlingen bei weitem die Zahl derjenigen, die das Umlagegetreide abgeliefert haben. Es muß sich ja nun zeigen, ob die Regierung den energischen Worten, mit denen sie die Sämlingen bedroht hat, auch entsprechende Taten folgen läßt. Wenn das nicht der Fall sein wird, so sehen wir in der Grobverlorgung sehr trüben Zeiten entgegen, da die Reichsgetreidestelle nicht so mit Getreide versorgt ist, wie es erforderlich wäre. Sie nimmt infolgedessen noch jetzt größere Ankäufe vor. Allerdings ist hierfür die schlechte Lage des Devisenmarktes ein sehr starkes Hindernis. Jedenfalls war unter dem Eindruck dieser Käufe die Preissturz noch oben gerückt.

In Weizen war das Geschäft sehr gering. Es zeigt sich, daß bei den steigenden Preisen der Konsum an feinem Weizen mehr immer weiter zurückgeht, zumal die meisten zahlungsfähigen Familien ihren Weihnachtsbedarf schon vor Wochen eingedeckt haben. Auf der anderen Seite kommen jetzt recht zahlreiche Vorräte an Weizenmehl zum Vorschein. Infolgedessen waren die Weizenverbraucher, die Mühlen, sehr zurückhaltend mit ihren Käufen. Nur für Süddeutschland war zeitweise etwas Nachfrage vorhanden. Infolge dieser Umstände war am Weizenmarkt ein zeitweiliger Rückgang der Preise festzustellen.

Der Verkehr in Getreide ist sehr still. Bedarf ist nur an qualitativ hochwertiger Braugerste vorhanden, diese ist aber nicht zu bekommen. Ebenso war das Maisgeschäft sehr ruhig. Mais kommt bekanntlich aus dem Auslande und die Importeure müssen sich für die spätere Abladung der Ware schon bei dem Kauf Devisen hinlegen, damit ist für sie ein hoher Zinsverlust gegeben.

Der Weltgetreidemarkt liegt schwach deswegen, weil in den Vereinigten Staaten, dem Haupterzeugungsgebiet von Weizen, die Zufuhr in den letzten Wochen sich gehoben hat. Es steht den Exporteuren derartig viel Material zur Verfügung, daß wenn mit eintretendem Frost ein Transport durch Binnenschifffahrt nicht mehr möglich ist, sie aus ihren Vorräten den Bedarf decken können. Außerdem kommt hinzu, daß sowohl in Kanada, Argentinien wie Australien die Ernte sehr gut ausgefallen sein soll. Sie hat aberall sehr früh begonnen und ihre Ueberflüsse dürften in Kürze an den Weltmarkt kommen. Die Preisbewegung der letzten Monate an den deutschen Märkten veranschaulicht die nachfolgende Tabelle:

	28. Juni	2. August	3. November	29. November
50 kg Weizen, märkisch	840-875	1500-1525	11800-12100	14800-15200
50 kg Roggen, märkisch	602-606	1240-1275	10500-10900	13200-13500
50 kg Sommergerste	720-750	1475-1525	10500-11000	12500-13500
50 kg Mais	592-596	1285	11500-11800	15500-16500
100 kg Weizenmehl	2075-2200	3375-4000	32000-34000	39000-44000
100 kg Roggenmehl	1530-1560	2800-3000	27000-30000	35000-38000

Wegen Anlang des Monats sind demnach die Preise 1/4-1/2 höher. A. II.

Neue Kohlenpreiserhöhung.

Am Mittwoch beschäftigte sich der Reichslohlenrat mit der durch die neuen Dezember-Löhne für die Bergarbeiter notwendig gewordenen Erhöhung der Kohlenpreise. Nach sehr lebhafter Debatte wurden gegen eine Stimme am 1. Dezember folgende Erhöhungen pro Tonne festgesetzt:

Rheinland-Westfalen	5787 M.
Riedererschulhaus	7818 M.
Sachsen	8149 M.
Sachsen	6478 M.

Die Erhöhung für Ober-Sachsen ist noch nicht festgelegt, dürfte sich aber im Rahmen der für Rheinland-Westfalen festgelegten Erhöhung bewegen. Die Preiserhöhung für die Erhöhung 3558 M. Einbegriffen in diese Zuschläge ist eine Erhöhung der sozialen Beiträge um 46 M., indem sich die Zuschläge für Bergmannsheimstätten um 48 M. auf 120 je Tonne steigern, nicht aber Kohlen- und Umfahsteuer.

Das Ausmaß der Preiserhöhung wurde nach den beigebrachten Unterlagen wesentlich mehr durch die Steigerung der Holz- und Materialpreise als der Löhne beeinflusst.

Wieder für 61 Milliarden neue Banknoten. Der Ausweis der Reichsbank vom 28. November stand im Zeichen einer erneuten Erhöhung des Banknotenumlaufs. Dieser stieg um 61,8 auf 643,7 Milliarden Mark. Bemerkenswert ist, daß gleichzeitig die Zahl der privaten Wechsel und Schecks, also der Handelswechsel, rückwärts, nämlich um 83,8 Milliarden zugenommen hat als der Bestand an Reichsbanknotenweisungen, der nur um 18,7 Milliarden Mark geblieben ist. Im großen und ganzen sind infolge der Diskonterhöhung die Kreditansprüche an die Reichsbank etwas zurückgegangen.

Die Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken hat sich durch den Abschluß eines Interessengemeinschaftsvertrages mit dem Frankfurter Hypothekenkreditverein, der seine Firma in „Frankfurter Pfandbriefbank A.G.“ abändert, erweitert.

Tschechischer Genossenschaftstag. Am Sonntag fand in Prag der von den Vertretern der drei tschechoslowakischen Genossenschaftsverbände beschickte Genossenschaftstag statt, welcher sich zu einer imposanten Kundgebung für die wirtschaftlichen Forderungen des verbrauchenden Volkes gestaltete. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde erklärt, daß die Genossenschaftsbewegung ein Kampfmittel der arbeitenden Schichten ist, welche mit ihren auf Selbsthilfe beruhenden Unternehmen eine neue soziale Basis für die Wirtschaftsbildung vorbereiten. Angesichts der Wirtschaftskrise forderte man u. a. die Errichtung von Arbeiter- und Konsumkammern, die Gebühren- und Steuerfreiheit für Genossenschaften, Abschaffung der indirekten Steuern und Unterlassung jeder Zollerhöhung für landwirtschaftliche Produkte, sowie Maßnahmen gegen die Spekulation und zur Stabilisierung der tschechischen Krone.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende amtlichen Notierungen nachzutragen: 100 österr. Kronen abgefl. 11,32 Geld, 11,38 Brief; 1 ungarische Krone 3,90 Geld, 3,41 Brief; 1 bulg. Lewa 58,85 Geld, 59,15 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 104,73 Geld, 105,27 Brief. 100 Polenmark gelten im freien Verkehr etwa 48 M.

Aus der Partei.

Neue Veröffentlichungen des Zentralforschungsausschusses.

An Stelle der leider eingegangenen Monatschrift „Arbeiter-Bildung“ gibt der Zentralforschungsausschuss nach Bedarf unter dem Titel „Arbeiter-Bildung“, Schriftreihe des Zentralforschungsausschusses, Materialzusammenstellungen heraus, die den Bildungsausschüssen, Partei und Jugendvereinen wertvolles Material für ihre Tätigkeit geben. Bisher sind 2 Hefte erschienen, Nr. 1: „Sozialismus und Schundliteratur“, in dem die Frage der Schundliteratur nach den verschiedensten Gesichtspunkten behandelt und auch eine Vortragsdisposition über dieses Thema enthalten ist, sowie Nr. 2: „Sozialistische Weihnachtsfeier“, die einen ausführlichen Grundriß für einen Weihnachtsvortrag von Dr. Bohmann, ferner eine Fülle von Anregungen über die Ausgestaltung unserer Weihnachtsfeier, sowie eine Reihe von Weihnachtsgedichten bringt. Jedes Heft kostet 25 M. und 3 M. Porto, eine einzelne Nummer kann auch für sich bezogen werden. Der Versand erfolgt unter Einzahlung des Betrages oder gegen Rücknahme durch den Zentralforschungsausschuss der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (R. Weimann), Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. An die gleiche Adresse sind auch Bestellungen auf regelmäßigen Bezug der Veröffentlichungen des Zentralforschungsausschusses zu richten. Zahlungen erfolgen am besten auf Postcheckkonto Heinrich Schulz, Berlin SW. 68, Nr. 15 604, Postfachamt Berlin NW. 7.

Die Abstimmung vom 25. November. In einigen Parteiblättern wird kritisiert, daß der „Vorwärts“ es unterlassen habe, darüber zu berichten, daß bei der Abstimmung über das Billigungsvotum für das Kabinett Cuno eine Anzahl Mitglieder der Sozialdemokratischen

Fraktion sich der Abstimmung enthielten. Dazu ist zunächst festzustellen, daß die Mitteilungen der kommunistischen und bürgerlichen Presse stark übertrieben sind. Soweit sich Feststellungen über die Teilnahme an der Abstimmung, die nicht namentlich war, machen lassen, haben sich nur wenige Mitglieder der Fraktion vor der Abstimmung aus dem Saale entfernt. Die Zahl 10 dürfte wahrscheinlich noch zu hoch gegriffen sein. Bei diesem Sachverhalt lag um so weniger Veranlassung vor, ausführlich darüber zu berichten, weil die Enthaltung von der Abstimmung durch Verlassen des Saales das selbstverständliche Recht eines jeden Mitgliedes der Fraktion ist. Von dieser Möglichkeit ist auch früher in zahlreichen Fällen Gebrauch gemacht worden. Ein Mitglied der Fraktion soll mit dem Kommunisten gestimmt haben. Diese Nachricht wird von dem betreffenden Genossen selbst als Schwindelei bezeichnet.

Jugendveranstaltungen.

Verein Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Eine Konferenz der Abteilungsleiter findet am Sonntag, den 2. Dezember, abends 7 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 3, statt. Alle Abteilungen müssen wegen der wichtigen Tagesordnung vertreten sein. Es werden noch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Vorsitzenden einen Kaso und das Mitteilungsbuch vorzubringen müssen, die auf den Namen lauten, die im Jugendkassabuch eingetragen sind. Alle anderen Genossen haben keinen Zutritt.

Heute, Donnerstag, den 30. November:

Kassas: 1. Jugendheim Wilmersdorfer Str. 10, Vortrag: „Der Ursprung der Religion“. — 2. Stralauer Viertel: Jugendheim Gendarmenstr. 1, Vortrag: „Moses und Darwin“. — 3. Köpenicker Viertel: Jugendheim Gendarmenstr. 1, Vortrag: „Angst und Arbeit“. — 4. Schöneberg: Jugendheim Köpenicker Str. 3, Vortrag: „Der Held im Schilde“ von Paul Selzer. — 5. Wedding: Jugendheim Gendarmenstr. 1, Vortrag: „Die Geschichte der Gewerkschaften“.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Der von dem Republikanischen Jugendbund „Schwarz-Rot-Gold“ für heute, Donnerstag, angelegte Vortrag von Hans Clemens muß aus technischen Gründen ausfallen.

Gesellschaft für Sexualreform. Donnerstag, den 30. November, abends 8 Uhr, im Dinterzimmer der Romboldstr. 10, Spandauer Brücke 13 (nur 2 Minuten vom Bahnhof Borsig), physio-analytischer Vortrag mit Experimenten, in besonderer über Hypnose. Referent Dr. med. Veris.

Verband Volksgesundheit. Donnerstag, den 30. November, 1/2 8 Uhr, Vortrag des Genossen D. Hauptmann: „Monistische Naturerkenntnis“, in der Dietrichstr. 12.

Vereinigung für Schul- und Erziehungsfragen, Berlin-Treptow. Öffentliche Versammlung am Freitag, den 1. Dezember, abends 8 Uhr, im Reichsfoal, Wilmersdorfer Str. 10, „Ueber Freigeisterei und andere Strafen“. Referent Herr D. Kölling.

Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde“, Ortsgruppe Wedding, Freitag, den 1. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, in der Schulstra. 15. Für Winterausflüge praktische Verführung des Winterberufes und die neuen Fußstapfen. Referent Bundesgeschäftsführer Friedrich Dierck.

Verein der Freiberger für Feuerbestattung, 4. Bezirk. Sonntag vorm. 10 Uhr Besichtigung des Krematoriums in Baumgartenweg. Abfahrt vom Götter Hofstr. 27, 29 und 31.

Briefkasten der Redaktion.

Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. — Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz muß ein 100 M. Postmarken und eine Nummer des „Vorwärts“ beigefügt sein. In der Redaktion des „Vorwärts“, Lindenstr. 3, 1. Postk. links, vor. Schriftstube und Postamt sind mitzubringen.

R. S. 55. Wenden Sie sich an den Reichsanwaltschaftsamt, Lindenstr. 11; dort erhalten Sie sachdienliche Auskunft. — R. S. 7. Bitte könnten Sie beim Bezug der „Vorwärts“ (Danziger Str. 54) finden.



Theater Lichtspiele
M.W.

Opernhaus
Außer Abonnement
Neu einstudiert
7 Uhr:
Sylvia
Cavalieria rusticana

Schauspielhaus
7 1/2 Uhr:
Rameaus Himmelfahrt

Lessing - Th.
7 1/2 Uhr:
Der Biberpelz

Deut. Künstler-Th.
7 1/2 Uhr:
Liebel. Die Lore

Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die Zeit
wird kommen
Deutsch Opernhaus

7 Uhr: Carmen
Große Volksoper
im Theat. d. Westens

7 Uhr: Lohengrin
Intimes Theater

8 Uhr: Die Leiter
Lustspielhaus

8 1/2 Uhr: Der Mustergatte
mit Max Adalbert
Theater in d. Kammersaal, 10

7 1/2 Uhr: Die Piarr-
hauskomödie

Trianon - Th.
Trotz d. Streiks!
Täglich 8 Uhr:
Sissi

die Kokotte
Personen unt. 18 J.
haben keinen Zut.

Kleines Th.
Tägl. 8 Uhr:
Gastspiel
Celly de Rheidit

u. das große bunte
Programm

Theater des Ostens
(Rosa-Theater)

7 1/2 Uhr: Der Tod der
Lady Pembroke

Walhalla - Theat.
7 1/2 Uhr: Die tolle Lola
Musik von H. Hirsch
Molly Wessely
Paul Heidemann

Folies Caprice
7 1/2 Uhr:
Meyersteins
Liebesnacht

usw. mit
Siegr. Berisch

Theat. a. Kottbus Tor
Tägl. 7 1/2 Uhr
und Sonn-
tag nachm.
3 Uhr

**ELITE-
Sänger**
Jan. Schick, die
Welt, Schick, Gr.
Lieder, ihre Darlegung!
Benefit für die Witwen

spielt immer
täglich
8 Uhr

Komische Oper

(7 1/2) Dir.: James Klein (7 1/2)
Trotz
Schauspieler-Strelks
abends 8 Uhr: große Intern. Revue
Europa spricht davon
in Originalbesetzung
Margit Suchy, Rose Felseng.
Balzer - Lichtenstein, Max
Landa, Bruno Kastner,
Arnold Rieck, Alb. Kutzner,
Mizal Metelka, Else Roval,
Spira, Bartels, Walters.
Auffreten Mr. Jackson vom
Alhambra - Theater London
mit seinen englischen Girls.
Verkauf ab 10 Uhr ununterbrochen.

Casino-Theater

8 Uhr: Schiller
Müllers Prinzächten
**Germania-
Prachtsäle**
E. Richter
14, Opernstr. 110
Heute Donnerstag:
Gr. Tanz - Abend
bei gutbesetztem
Orchester
Anfang 8 Uhr
Jeden Donnerst.
Konzert mit
anschl. Famil-
ienkränzchen
Jeden Sonntag
Norddeutsche
Sänger
Nachdem Ball

Der Blaue Vogel

Goltzstraße 9
Noiendorfer 1613
Abends 8 1/2 Uhr: Das neue
dritte Programm. Vorverkauf bei
Wertheim, an all. Theater, u. an der
Kasse d. Th. v. 11-2 u. ab 6 Uhr abends

ADMIRALS-PALAST

am Bahnhof
Friedrichstr.
Rauchen
gestattet
7 30
7 30

Sonderveranstaltungen der strelkenden Berliner Schauspieler

Donnerstag, d. 30. November 1922
Kabarettvorstellungen
„RAMPE“ (Kurlüstendamm)
4 1/2 Uhr nachmittags 4 1/2 Uhr
Darsch, Eckersberg, Müller, Burg,
Cleving, Graetz, Kortner, Morgan,
Procki, Rex, Frau Woronec-Mont-
wid, Frau Kartoff (vom Kaiserlich-
russischen Ballett in Petersburg).
Die Vorstellungen werden jeden Nach-
mittag wiederholt.
Sonntag, den 3. Dezember 1922
7 1/2 Uhr abends 7 1/2 Uhr
Bützow-Brauerel, Prenzlauer Allee 242
„Kabale und Liebe“
Pagny-Stobrava, Straub, Dieterle,
George, Graetz, Gütstorff, Hart-
mann, Krauss, Thies.
Weitere Veranstaltungen, die jeden Tag
stattfinden, werden bekanntgegeben.

Circus Busch

10.11.1922
Der Hund als
Kopfrechner!
10 Circus-Sensationen
und Hauptstück
Die Nibelungen
mit sechs Löwen
und zwei Elefanten
Vikt. Wark. a. Circus.
URANIA
Taubenstr. 8 Uhr:
Der heutige Frei-
heitskampf der
Türkei
Invalidenstr. 8 Uhr:
Im Lande d. Mitter-
nachtsonne
WIMPERN
Varieté-
Spielplan
Rauchen gestattet!

Urbini der gute Schuhputz

TERPENTINÖLWARE IN DOSEN MIT BANDEROLE

**WHITE STAR
LINE**
DAMPFERVERBINDUNGEN MIT
ALLEN TEILEN DER WELT.
NEU ERÖFFNETES BÜRO
FÜR DRITTE KLASSE
U TRANSITVERKEHR
GEORGENSTRASSE 24
GEGENÜBER BAHNHOF FRIEDRICHSTR.
KAJÜTEN-BÜRO
(WIE DAMER) UNTER DEN LINDEN 14
NÄCHSTE ABFAHRTEN:
VON BREMEN:
SS PITTSBURGH* 1. DEZEMBER
CANOPIC* 15
PITTSBURGH* 5. JANUAR
VON CHERBOURG:
SS HOMERIC* 29. NOVEMBER
MAJESTIC* 6. DEZEMBER
OLYMPIC* 13
MAJESTIC* 27.
* S.S. MAJESTIC*
DER GRÖSSTE DAMPFER DER WELT.

**Admiral-
Palast**
WELT-VARIÉTÉ
AM BAHNHOF ERIEDRICHSTR.
Einzig dastehendes
internationaler
Programm

Karten im Vorverkauf an der Theaterkasse,
Friedrichstrasse 101, und an den Theater-
kassen A. Wertheim und Invalidendank
Erstklass. warme u. kalte Küche u. Getränke auf
allen Plätzen im Parkett, 1. Rang u. den Logen
Rauchen überall gestattet



Regelmässige Verbindung
von Bremen über Southampton,
Cherbourg nach New York durch
die prachtvollen amerikanischen
Regierungsdampfer der United
States Lines
NÄCHSTE ABFAHRTEN:
America 29. Nov. 3. Jan.
President Roosevelt ... 30. Nov. 6. Jan.
President Harding ... 9. Dez. 17. Jan.
George Washington ... 13. Dez. 21. Feb.
Southampton u. Cherbourg 1 Tag später
Verlangen Sie Prospekte
und Segellisten Nr. 83

UNITED STATES LINES
Berlin W 8, Unter den Linden 1
NW 40, Invalidenstr. 93
und alle bedeutenden Reisebüros
General-Vertretung
Norddeutscher Lloyd, Bremen

CUNARD LINIE

Am 22. Dezember 1922
**Hamburg-
New York**
Postdampfer
„ALBANIA“
13000 tons. Erbaut 1921. Oelfeuerung.
Der Dampfer bietet vorzügliche
Gelegenheit zur Beförderung
von
Kajütpassagieren u. Fracht
Nur Kajüte
keine dritte Klasse.
Hamburg-New York
minimum Dollar 135.-
Auskunft erteilt
Cunard Linie
Reisebureau G.m.b.H.
Berlin, Hotel Bristol
Unter den Linden 6.

Reichshallen-Th.

Abends 7 1/2 Uhr
Sonntag nachm. 11
halbe Preise
STETTNER
Säng.
Überr.
Brett!
Anl. 11/12
Spez.
Bühn.
Ischias
in Hoff.-Ges. u. Bein in
13 Tm. bereit. Invaliden-
str. 106, v. 9-11, 4. Jacoby

Krause Pianos

zur
Miete
Ansbacher Str. 1,
Eck Karlsruherstr.

Erfolg haben Inserate Vorwärts

Metall - Ankauf
Kupfer
Zinn
Messing
Blei, Zink etc.

Wegen Geldmangel

verkaufe ich aus meinem Bierenlager meine
**schönsten Anzüge,
Schlüpfer u. Ulster**
außergewöhnlich billig!

Bis Sonnabend Ausnahmepreise!
Neueingänge über das Doppelte!

Heinrich Guttenberg

Wilmersdorf, Uhlandstr. 103 I. Etage
Fahrverladung: 5, 7, 8, 10, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100



Zahngebisse kann 275 000 M. Gold-, Silber-, Platin-, Quecksilber-, Zinn

„Schmelze Christonats“
39 Köpenicker Str. 39 vorn II.
Gold-, Silber-, Platin-, Quecksilber-, Zinn
:: Neue höchste Preise :: Sämtliche Metalle

